

7 ‚Arbeiter‘ als Problem und als Potential (1973–1978)

Die Bedingungen, unter denen die Filmschaffenden ihre Arbeiterfilme produzieren konnten, mussten den gewerkschaftlichen Arbeiterpolitikern als Traumwelt erscheinen. Denn die inhaltliche Auseinandersetzung mit den ‚Arbeitern‘ erfolgte ausgerechnet im gewerkschaftlichen Bereich unter schwierigsten Umständen. Für die DGB-Spitze hatte die satzungsrechtliche Verankerung der Arbeiterpolitik einen Affront der Basis bedeutet, den sie mit organisationspolitischen Mitteln zu vergelten trachtete. Dass die Arbeitsfähigkeit der neuen Personengruppe dadurch Schaden nahm, war kein unglücklicher Nebeneffekt, sondern intendiert. Und doch behauptete sie sich trotz aller Widrigkeiten. Auch wenn die Personengruppe Arbeiter erst in den frühen 1980er Jahren in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten durfte und mit innovativen Ansätzen einige Aufmerksamkeit erregte, wurden schon in den 1970er Jahren in mehreren Schritten die entscheidenden konzeptionellen Weichen hin zur Problematisierung und Singularisierung der ‚Arbeiter‘ gestellt.

Auf diese Findungsphase möchte ich anhand der folgenden Fragen näher eingehen: Welche Ansätze standen zur Debatte? Wer war an der konzeptionellen Aushandlung beteiligt? Welche Arbeiterbilder zeichneten sich ab? Wie schafften es die beteiligten Akteure, die widerstreitenden Interessen zu überbrücken? Und schließlich: Welche Potentiale bargen die Konzepte, und welche ließen sich in der Tagesarbeit realisieren?

7.1 Die Konzeption der Arbeiterpolitik

Mit der Übernahme seines neugeschaffenen Ressorts stellte sich für Martin Heiß die Frage, wie mit den Arbeiterinnen und Arbeitern umzugehen sei, solange die Kategorie ‚Arbeiter‘ noch nicht völlig verschwunden war. Welche Arbeiter sollten also in den Blick kommen, und welche Problembereiche galt es anzugehen?

Für den Historiker Josef Mooser stellten das „Verlangen nach einem menschenwürdigen Leben und einer ‚gerechten Behandlung‘“ sowie das „Bedürfnis nach sozialer Anerkennung“ die Gemeinsamkeit aller politischen Fraktionen der Arbeiterbewegung seit der Zeit des Kaiserreichs dar. Im Jahr 1973, als Martin Heiß sich an die inhaltliche Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik machte, hatte noch jener Zustand der Boomjahre Bestand, in welchem laut Mooser „die ‚Gerechtigkeit‘ in einer den Strukturen der kapitalistischen Industriegesellschaft systemkonformen Weise verfolgt werden konnte“. Trotz dieser bedeutenden Errungenschaft der bundesrepublikanischen Gesellschaft hatte auch sie nicht alle historischen

Grundbedürfnisse der Arbeiterschaft erfüllt. Anders als in der Zeit des Nationalsozialismus, als der Wert der ‚deutschen Arbeit‘ und mit ihr des ‚Arbeiters‘ propagiert wurde, mangelte es der Arbeiterschaft nun, wie der ÖTV-Antrag gezeigt hatte, an sozialer Anerkennung. Die weitgehende Auflösung der Arbeiterbewegungskultur wie auch die Erosion homogener Arbeiterquartiere verschärften dieses Problem, da mit ihnen die öffentliche Sichtbarkeit der Arbeiter schwand. Stattdessen verlagerte sich der Fokus der Arbeiterpolitik, ganz ähnlich wie von den frühen Arbeiterfilmen dargestellt, auf Betriebe und betriebsspezifische Probleme¹.

Eine einfache Lösung war folglich nicht zu erwarten. Diskussionen darüber, wie die Arbeit der neuen Personengruppe auszurichten sei, welche Arbeiter sie ansprechen und welche Probleme sie adressieren wollte, fanden in den ersten Monaten des Jahres 1973, im Sommer 1974, über den Jahreswechsel 1975/76 und schließlich Ende 1976 statt. Die erste Hälfte der 1970er Jahre erwies sich folglich als eine Zeit intensiven Nachdenkens über Arbeiterfragen, welches später in dieser Grundsätzlichkeit keine Entsprechung mehr finden sollte. Dieser, frei nach Philipp Felsch, kurze Sommer der Theorie hatte ebenso wie der pragmatischere Umgang mit dem Thema ‚Arbeiter‘ in den 1980er Jahren nicht nur mit dem jeweiligen Zeitgeist zu tun. Vielmehr stand die Arbeiterpolitik zu Beginn unter einem großen Rechtfertigungsdruck², bevor ab 1977 das Alltagsgeschäft dominierte.

7.1.1 Eine Debatte über ‚Arbeiter‘ ohne Arbeiter

Erst 1975, also vier Jahre nach der satzungsrechtlichen Verankerung der Arbeiterpolitik, stellte die DGB-Vorstandsverwaltung Martin Heiß eigenes Personal für diese Aufgabe zur Verfügung³. Notgedrungen griff er zunächst auf seine Angestellten aus

1 Vgl. Mooser, Arbeiterleben, S. 185 (erstes Zitat), 200, 211 (zweites Zitat), 222, 235. Vgl. zudem Felix Axster/Nikolas Lelle (Hrsg.), ‚Deutsche Arbeit‘. Kritische Perspektiven auf ein ideologisches Selbstbild, Göttingen 2019. Schon Ende 1945 hatte Hannah Vogt geradezu apodiktisch die fehlende Anerkennung der Arbeiter auf den Arbeitnehmerbegriff zurückgeführt. Vgl. Hannah Vogt, Der Arbeiter. Wesen und Problem bei Friedrich Naumann, August Winnig, Ernst Jünger, Diss., Göttingen 1945, S. 84.

2 Auch Martin Heiß bekannte 1974, zunächst selbst Zweifel gehegt zu haben. Vgl. Martin Heiß an Gewerkschaft Textil-Bekleidung – Hauptvorstand – z. Hd. d. Herren Berthold Keller, 16. Juli 1974, in: AdSD 5/DGCS000059.

3 Er wurde ab dem 1. Oktober 1975 von Karl-Heinz Vorbrücken als Sachbearbeiter und ab dem 1. Dezember 1975 von Dieter Trautmann als Leiter der Abteilung Arbeiter-Handwerk unterstützt. Vgl. Niederschrift des DGB-Bundesarbeitsausschusses am 29. Januar 1976, S. 1, in: AdSD 5/DGCS000141. Vorbrücken wurde am 17. Oktober 1981 zum Vorsitzenden des DGB-Kreises Olpe gewählt und verließ kurz darauf die Abteilung Arbeiter-Handwerk. Vgl. Niederschrift über die Sitzung des DGB-Bun-

der Abteilung Tarifpolitik zurück, nutzte für die konzeptionelle Erarbeitung der Arbeiterpolitik aber vor allem die Expertise externer Wissenschaftler und Praktiker. Wer nicht mitreden durfte, waren, wie im Fall der Würzburger Synode, die Arbeiter. Dies hatte zunächst praktische Gründe, denn der Bundesausschuss des DGB hatte die Bildung von Kreisarbeiterausschüssen ja untersagt. Andererseits zeigten die verantwortlichen Arbeiterfunktionäre und beteiligten Wissenschaftler auch gar kein Interesse daran, diese Situation zu ändern. Wie die Filmschaffenden hätten auch sie problemlos den Kontakt zu den einfachen Arbeiterinnen und Arbeitern suchen können, doch womöglich verhinderte gerade der Erfolg der Arbeiterfilme dies. Denn Heiß und seine Kollegen wollten die Arbeiterpolitik „losgelöst vom ‚Personenkult‘“⁴ entwickeln, der außerhalb der Gewerkschaften um die ‚Arbeiter‘ betrieben wurde. So erhielt der Vorschlag, eine „Umfrage bei den Arbeitern, welche Probleme sie haben“, durchzuführen, bei der Strategiesitzung des Bundesarbeiterausschusses im September 1974 auch nur eine von 14 Stimmen. Dabei hätten die Sitzungsteilnehmer buchstäblich nur vor die Türe zu gehen brauchen, tagten sie damals doch im Thyssen-Werk Niederrhein in Oberhausen. Erklärtermaßen waren aber nicht die Stahlarbeiter entscheidend für die Wahl des Ortes gewesen, sondern die Erfahrung der Werksleitung auf dem Gebiet der Arbeitswissenschaft⁵. Hatte in den vorangegangenen Diskussionen der Bildungs- und Arbeitswissenschaftler Hans Pornschlegel den Ausschluss der Arbeiter bei der Festlegung der Grobziele noch aus pragmatischen Gründen gerechtfertigt⁶, brachte Friedrich Layh vom Thyssen-Werk grundsätzliche Bedenken gegen die Episteme der Arbeiter vor: „Die vielfach vorhandene Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in der Arbeitswelt muss von den Gewerkschaften planmässig [sic!] analysiert werden, um gezielt die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft formulieren, vorbringen und durchsetzen zu können.“⁷

desarbeiterausschusses am 29. Oktober 1981, S. 2, in: AdsD 5/DGAA000120. Dieter Trautmann war schon zuvor in die Abteilung Tarifpolitik gewechselt.

4 Vermerk über die Arbeitsbesprechung am 13. November 1973, S. 2, in: AdsD 5/DGCS000059.

5 Vgl. Martin Heiß an die Mitglieder des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB, 6. November 1974, Anlage: Abteilung Tarifpolitik, Protokoll der Sitzung des Bundesarbeiterausschusses des DGB am 26./27.9.1974, sowie Anlage 2, S. 1 (Zitat), beide in: AdsD 5/DGCS000001.

6 Vgl. Abteilung Tarifpolitik, Niederschrift über die Besprechung am 3. Mai 1974 zur Vorbereitung der Zusammenkunft des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB, S. 5, in: AdsD 5/DGCS000135.

7 Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand Abteilung Arbeiter-Handwerk, 12. September 1974, Anlage I: Sachbericht für die Sitzung des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB am 26./27.9.1974 in Oberhausen, 12.9.1974, S. 5, in: AdsD 5/DGCS000001. Nahezu der gesamte Bericht ging auf Friedrich Layh zurück. Vgl. Marianne Boms an Willfried Schaefer, 23. August 1974, Anlage: [Ausarbeitung von Friedrich Layh], S. 3, in: AdsD 5/DGCS000135.

Diese Worte erhalten einen problematischen Beiklang, wenn man sich die unhaltbaren Zustände vor Augen führt, die Günter Wallraff im Thyssen-Konzern in den frühen 1960ern wie zu Beginn der 1980er Jahre am eigenen Leib erfuhr⁸. Immerhin wies auch Layh auf die arbeitsplatzbedingten Gesundheitsrisiken der Arbeiter und auf die Grenzen wissenschaftlicher Ansätze hin⁹. Dennoch hielt er in letzter Instanz an der von Ulrich Beck konstatierten gewerkschaftlichen „Expertenpolitik“ fest. Für Beck folgte diese aus der Notwendigkeit, die „Binnendifferenzierung“ der Mitgliedschaft zu überbrücken¹⁰. Expertenpolitik, so ließe sich weiter ausführen, ergab sich also direkt aus der Festlegung der Gewerkschaften auf die ‚Arbeitnehmer‘ als Zielgruppe. Dieses Politikverständnis legte die ‚Arbeiter‘ auf die Rolle passiver Objekte fest, wobei sie noch nicht einmal selbst über die Berechtigung ihrer Wünsche entscheiden durften. Damit reproduzierten die gewerkschaftlichen Arbeiterpolitiker ein zentrales Problem der ‚Arbeiter‘, ohne sich dieses performativen Widerspruchs bewusst zu werden. Doch wer waren diese ‚Arbeiter‘ überhaupt?

7.1.2 Lässt sich ‚Arbeiter‘ definieren?

Der erste Experte, den Martin Heiß zu Rate zog, war Hans Pornschlegel, der eine interessante Vita aufzuweisen hatte. Seiner Lehre zum Elektromechaniker schloss er ein volkswirtschaftliches Studium an, um danach zunächst in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, bis 1976 dann in leitender Funktion beim Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung in Berlin tätig zu sein. Mit seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Arbeitswissenschaft an der Sozialakademie Dortmund orientierte er sich dann erneut um¹¹. Als er aber von Heiß Ende 1972 um ein Thesenpapier zur Arbeiterpolitik gebeten wurde, verortete er, ganz seiner damaligen Tätigkeit entsprechend, die Ursache für die Benachteiligung der Arbeiter vor allem im Bildungsbereich. Schließlich errichte, so Pornschlegels Auffassung, das Bildungssys-

⁸ Vgl. Wolfgang Hien, Körper und Arbeit – die Schattenseiten des Wirtschaftswunders in Deutschland und Österreich, in: Sozial.Geschichte Online 21 (2017), S. 125–170, hier S. 143 ff. Laut Spiegel weigerte sich die Thyssen-Hütte Niederrhein in Oberhausen, im Gegensatz zu anderen Stahlkonzernen, ihre Öfen zu entgiften. Vgl. o. V., Giftiger Staub, in: Der Spiegel 30–8 (1976), S. 46–49.

⁹ Vgl. Ausarbeitung von Layh, S. 1–3.

¹⁰ Beck, Jenseits von Stand (1983), S. 65.

¹¹ Vgl. Kurt Landau, Mehr tun müssen? 100 Jahre Produktivitätsmanagement, Griesheim ²2019, S. 319.

tem schon im vorschulischen Bereich Barrieren für Kinder aus Arbeiterfamilien und präfigurierte auf diese Weise deren spätere Aufstiegschancen. Auch das bestehende System der beruflichen Weiterbildung wirkte nicht als Ausgleich für diese frühzeitig erworbenen Defizite, sondern verstärkte diese noch. Dies bedeute eine Benachteiligung „insbesondere der Facharbeiter“¹². Implizit definierte Pornschlegel die ‚Arbeiter‘ damit als eine bildungsabstinente Gruppe. Doch anders als in der verbreiteten Diagnose der Bildungsferne machte er gerade nicht die Arbeiter dafür verantwortlich, sondern das Ausbildungssystem, das inhärent auf eine Exklusion der Arbeiter angelegt war. Diesen Ansatz übernahm Martin Heiß in sein eigenes Thesenpapier zur Arbeiterpolitik, und auch ein zweiter Gedanke Pornschlegels¹³ fand dort Berücksichtigung:

Im Betrieb, und davon ausgehend, weitgehend auch in der Gesellschaft ist der Status des Arbeiters beschränkt. Er ist grundsätzlich von Führungspositionen ausgeschlossen. Beim Überschreiten der Facharbeiterebene, die höchstens in der Vorarbeiterstellung endet, ist nur ein Übergang in die Schicht der Angestellten möglich. Im Gegensatz zum kaufmännischen Angestellten, der grundsätzlich, zumindest theoretisch eine Aufstiegschance bis in die Unternehmensspitze hat, auch ohne dass er formalisierte Weiterbildungsgänge benutzt, ist dem Arbeiter dies kaum möglich.¹⁴

Interessanterweise tauchten hier nun unter umgekehrten Vorzeichen jene Argumente wieder auf, mit denen die DAG ein Jahrzehnt zuvor die Existenz der Angestellten als distinkte Gruppe mit einzigartigen Merkmalen belegen, den ‚Angestellten‘ also definieren wollte. Fast wortgleich fand sich die eben zitierte These von Heiß in den damaligen Ausführungen des DAG-nahen Soziologen Fritz Croner. Hatte die DAG jedoch die Aufstiegsmöglichkeit der Angestellten in deren „Leistungs- und Bildungswillen“ verortet¹⁵, verwies Pornschlegel nun auf die Rolle der Sozialisationsagenturen, die als prägende Kraft auf individuelle Fähigkeiten einwirkten. Dieser Ansatz evozierte das traditionelle Bild des in gesellschaftliche Fesseln gelegten ‚Arbeiters‘, ein Bild, das die Filme der Berliner Schule zeitgleich in die Wohnzimmer der Fernsehzuschauer trugen. Handlungsdruck erzeugte die Prämisse, „dass der Arbeiter in vielen Fällen aus seiner Schicht nicht heraus kann“¹⁶,

¹² Vgl. Hans Pornschlegel an Martin Heiß Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand, 18. Januar 1973, Anlage: Hans Pornschlegel, Thesen zu einer gewerkschaftlichen Politik für Arbeiter, 16. Januar 1973, S. 1, 4–5 (Zitat), in: AdSD 5/DGCS000135.

¹³ Vgl. *ibid.*, S. 1.

¹⁴ Martin Heiß, Abteilung Arbeiter-Handwerk, Versuch einiger Thesen zu einer gewerkschaftlichen Politik für Arbeiter, 6. März 1973, S. 2, in: AdSD 5/DGCS000135.

¹⁵ Vgl. Müller, DAG, S. 658, 682 f.

¹⁶ Abteilung Tarifpolitik, Niederschrift Besprechung, 3. Mai 1974, S. 6–7.

wie Pornschlegel später festhielt. Dieser Gedankengang verlieh unweigerlich der Frage nach der „Befähigung zum beruflichen Aufstieg“ große Brisanz¹⁷, was nicht unproblematisch war. Zwar konnten deutsche Arbeiter insofern beruflich aufsteigen, als nun Hilfsarbeiterstellen verstärkt „mit Ausländern“ besetzt wurden, wie Martin Heiß von Franz Holländer erfuhr¹⁸. Doch Heiß selbst erkannte die Gefahr, die mit der „Befähigung zum beruflichen Aufstieg“ einherging. Sie drohte, den „Leistungsdruck und Konkurrenzkampf“ zu verschärfen „und die ideologischen Vorstellungen über die vermeintlichen gesellschaftlichen Möglichkeiten zum individuellen Aufstieg“ zu verstärken¹⁹. Nicht von ungefähr sollte Ulrich Beck zehn Jahre später Bildung als einen Faktor von Individualisierungsprozessen ausmachen²⁰. Worauf sollte der Ansatz dann aber hinauslaufen? Die Filmschaffenden hatten die Vorführung der Ausweglosigkeit des Arbeiterschicksals bewusst als pädagogisches Mittel eingesetzt, um die Arbeiter zu solidarischen Akten des kollektiven Widerstands zu motivieren, wobei das Endziel in einer sozialistischen Transformation der Gesellschaft lag. Für die Arbeiterpolitik des DGB war dies indes kein gangbarer Weg.

In der Besprechung, die ein gutes Jahr nach der Veröffentlichung von Heiß' Thesen stattfand, rückte Peter Schuh vom Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) deutlich von der „Aufstiegsfrage“ ab. Das Protokoll führt weiter aus: „Nach seiner Meinung sind die Fragen der Emanzipation, der Selbstbestimmung und der Ablösung der Fremdbestimmung wesentliche Probleme.“²¹ Schon Heiß hatte in seinen Thesen auf die Weiterbildung möglichst aller Arbeiterinnen und Arbeiter gesetzt, nicht um einen Massenexodus aus der Arbeiterschaft herbeizuführen, sondern um das Arbeiterdasein für die Betroffenen erträglicher zu machen. Konkret stand ihm das Ziel vor Augen, „die Unterschiede in den Arbeitsbedingungen und die betrieblichen Hierarchien abzubauen“, um letztlich „eine Annäherung zwischen den Arbeitnehmergruppen“ zu erreichen²². Unrealistisch war dieser Ansatz keineswegs. In den Unternehmen begannen die Manager damals,

17 Heiß, Versuch einiger Thesen, S. 13.

18 Vgl. [Franz] Holländer, ÖTV-Hauptvorstand, an Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand – Abt. Arbeiter-Handwerk, 15. Juli 1974, Anlage: Kurzprotokoll über die Sitzung des Bundesarbeiterausschusses [der ÖTV] am 30. und 31. Mai 1974 in Stuttgart, S. 2, in: AdSD 5/DGCS000135.

19 Heiß, Versuch einiger Thesen, S. 13.

20 Vgl. Beck, Risikogesellschaft, S. 133.

21 Abteilung Tarifpolitik, Niederschrift Besprechung, 3. Mai 1974, S. 6–7. Allerdings kamen auch später Forderungen nach Aufstiegsmöglichkeiten immer wieder auf. Vgl. etwa Karl-Heinz Vorbrücken, Abt. Arbeiter-Handwerk, an die Kollegen Martin Heiß, Karl-Heinz Fröbrich, Dieter Trautmann, Willfried Schaefer, Heinz Fuchs, Willi Polls, Reinhard Dombre, 11. Dezember 1975, Anlage, S. 34–45, in: AdSD 5/DGCS000135 sowie DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 92.

22 Heiß, Versuch einiger Thesen, S. 13f.

nach und nach von autoritären Führungsstilen Abstand zu nehmen²³. Und wie Frankreich schickte sich auch die Bundesrepublik seit Ende der 1960er Jahre an, das Bildungsniveau der Arbeiterschaft zu heben. Im deutschen Fall korrelierte Bildung tatsächlich mit relativ flachen Hierarchien in Industriebetrieben, während sich westlich des Rheins betriebliche Machtstrukturen als resistent gegenüber den Qualifizierungsmaßnahmen erwiesen²⁴.

Gleichwohl offenbarte der Ansatz, ‚Arbeiter‘ über die Aspekte Bildung und vertikale soziale Mobilität zu definieren, Schwächen. So hatte Hans Pornschnegel in seinen Thesen mit einem undifferenzierten Angestelltenkonzept operiert, um die Besonderheit der ‚Arbeiter‘ herausarbeiten zu können. Mario Helfert, Mitarbeiter am gewerkschaftseigenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI)²⁵, korrigierte dieses Defizit schon frühzeitig, indem er die Angestellten in die Gruppen der Hochschulabsolventen sowie der unteren und mittleren Angestellten unterteilte. Für letztere existierten seiner Meinung nach oft nur „Aufstiegssurrogate“, die den Angestellten zwar mehr Geld, aber nicht mehr Kompetenzen einbrächten²⁶. Heiß hatte diesen Einwand zwar nicht völlig gelten lassen wollen, da es für Arbeiter eben nicht einmal Aufstiegssurrogate gab²⁷. Und doch verlor die Definition der ‚Arbeiter‘ durch diese Differenzierung an Wirkung, weil sich die Abgrenzung gegenüber den ‚Angestellten‘ als keine kategoriale erwies.

Die zweite Schwäche lag in der Unfähigkeit des Ansatzes, den Faktor Arbeitsplatz angemessen zu thematisieren. Die Bildungs- wie auch die Aufstiegsfrage lenkten den Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Probleme der Arbeiterschaft. Denn die Prämisse einer durch den Bildungssektor verursachten Benachteiligung der Arbeiterschaft erforderte den Abbau rechtlicher wie finanzieller Nachteile, die ihre Legitimität aus der angeblich wesenhaften, tatsächlich aber sozial konstruierten Ungleichheit der ‚Arbeiter‘ bezogen²⁸. Als deren zentrales betriebliches Problem identifizierte der Ansatz folglich auch die dort herrschenden Hierarchien, als Lösung wartete er mit „Emanzipation“, „Selbstbestimmung“ und „Ablösung der Fremdbestimmung“ auf. So vielversprechend diese Forderung nach

23 Vgl. Ruth Rosenberger, Experten für Humankapital. Die Entdeckung des Personalmanagements in der Bundesrepublik Deutschland, München 2008, S. 395–416. Zu den Grenzen des neuen Führungsstils vgl. dies., Demokratisierung, S. 333, 343, 354.

24 Vgl. Raphael, Jenseits von Kohle, S. 260–262, 272, 279.

25 Zu seiner Biographie vgl. Mario Helfert, Ökonomische Entwicklung und gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit technischem Fortschritt, in: GMH 31–4 (1980), S. 242–250, hier S. 242.

26 Mario Helfert, Anmerkungen zu „Thesen zu einer gewerkschaftlichen Politik für Arbeiter“, 7. Februar 1973, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000135.

27 Vgl. Heiß, Versuch einiger Thesen, S. 2 f.

28 Vgl. Pornschnegel, Thesen.

einem Wandel der Arbeitskultur auch war, sie löste nicht die durch die Arbeitsumwelt verursachten Probleme wie Hitze, Staub, Lärm oder Unfälle. So verhinderte die anfängliche Konzentration auf den Bildungsaspekt, dass ein sehr naheliegendes Kriterium für die Definition des ‚Arbeiters‘ nicht systematisch herangezogen wurde: die „Krankheitsdispositionen der Arbeiterschaft und deren Auswirkungen auf die Entstehung von Selbstwahrnehmungen und Identitäten.“²⁹ Denn vor allem Arbeiter waren von Arbeitsunfällen und dem ganz gewöhnlichen Verschleiß ihres Körpers im Zuge ihrer jeweiligen Tätigkeit weit stärker betroffen als Angestellte oder Beamte. Dies hätte die traditionelle Vorstellung von Männlichkeit in der Arbeiterbewegung, die gerade auf einen starken Körper hin orientiert war, herausgefordert³⁰. So blieb der Gesundheitsaspekt auf Randbemerkungen beschränkt. In seinen 23 Hauptpunkte umfassenden Thesen zur Arbeiterpolitik kam Martin Heiß nur unter den Punkten 2.3, 13.1 und 21 auf körperliche und psychische Belastungen zu sprechen³¹. Erst nach und nach begannen sie eine größere Rolle zu spielen, etwa im Sachbericht, den die Abteilung Arbeiter-Handwerk im September 1974 an die Arbeiterpolitiker schickte³².

7.1.3 Arbeitswissenschaftliche Ausweichversuche

Nach den ersten konzeptionellen Gehversuchen zu Beginn des Jahres 1973 ruhte diese Arbeit für mehr als ein Jahr. Erst als sich der Bundesarbeiterausschuss am 17. Januar 1974 konstituierte, nahm die Diskussion langsam wieder Fahrt auf. Die Thesen, die Martin Heiß zehn Monate zuvor erarbeitet hatte, spielten in den Debatten der Ausschussmitglieder jedoch keine erkennbare Rolle, was freilich kaum überrascht, da sie sein Thesenpapier laut Protokoll erst zu Beginn der Sitzung erhalten hatten³³. Auch ging es hier noch gar nicht um konkrete Arbeitsvorhaben, vielmehr steckten die von den Mitgliedsgewerkschaften entsandten Funktionäre erst einmal grundsätzlich das Terrain ab. So warnte beispielsweise Hans Mayr, „dass es für die IG Metall ein Rückschritt wäre, wenn durch die Arbeit des DGB ein gruppenspezifisches Denken erzeugt würde.“ Für Franz Holländer (ÖTV) spielte

²⁹ Karsten Uhl/Lars Bluma, Arbeit – Körper – Rationalisierung. Neue Perspektiven auf den historischen Wandel industrieller Arbeitsplätze, in: dies., Kontrollierte Arbeit, S. 19–31, hier S. 22.

³⁰ Vgl. Wolfgang Hien, Gesundheit als politische Kategorie. Wechselwirkung zwischen Umwelt, Gesundheits- und Arbeiterbewegung in der BRD der 1970er und 1980er Jahre, in: Sozial.Geschichte Online 23 (2018), S. 167–198, hier S. 193.

³¹ Vgl. Heiß, Versuch einiger Thesen, S. 3f., 15, 18f.

³² Vgl. Abteilung Arbeiter-Handwerk, Sachbericht, 12. September 1974, S. 2–5.

³³ Vgl. Protokoll BAA, 17. Januar 1974, S. 2.

hingegen „die unterrepräsentierte Stellung der Arbeiter in der Gesellschaft“ die entscheidende Rolle. Er betonte daher die Notwendigkeit, „dass der DGB zu den Arbeiterproblemen Stellung nimmt“. Zugleich bekannte aber auch er sich zum Ziel, „die beiden Begriffe ‚Arbeiter‘ und ‚Angestellte‘ in Zukunft durch einen zu ersetzen“³⁴. Die Diskussion zeigte deutlich, dass sich im Bundesarbeiterausschuss zu diesem Zeitpunkt keine Mehrheit für eine öffentlichkeitswirksame Singularisierung der ‚Arbeiter‘ finden würde. Der auf der verwehrten Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeit basierende Ansatz Pornschlegels hätte sich jedoch gerade für ein solches Unterfangen angeboten. Martin Heiß musste sich folglich nach weniger verfänglichen Ansätzen umschaun, um die skeptische Fraktion des Bundesarbeiterausschusses einzubinden. Fündig wurde er im Feld der Arbeitswissenschaft. Er beauftragte Adolf Jungbluth, als langjähriger Arbeitsdirektor der Salzgitter AG praktisch wie theoretisch mit der Arbeitswissenschaft vertraut³⁵, ein neues Thesenpapier zur Arbeiterpolitik vorzulegen.

Wie sich zeigte, lehnte Jungbluth die Schaffung einer Personengruppe Arbeiter entschieden ab. Seinen Erfahrungshintergrund bildeten die zahlreichen Harmonisierungen von Regelungen bei Entgelt, Arbeitszeit, Urlaubs- oder Sozialversicherungsfragen, welche bestehende Unterschiede zwischen ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ bereits beseitigt hatten. Einzig bei der Betroffenheit von Rationalisierung und Automation ließ er die Existenz „entscheidende[r] Unterschiedlichkeiten“ gelten, welche allein eine besondere Personengruppenarbeit rechtfertigen konnten. Jedoch, so Jungbluth, seien diese spezifischen Arbeiterprobleme mit arbeitswissenschaftlichen Mitteln zu lösen. Die empirisch eingeräumte Notwendigkeit der Personengruppe Arbeiter annullierte er sogleich mit dem Verweis auf ein arbeitswissenschaftliches Axiom: „Es gibt keine Arbeitswissenschaft für Arbeiter, Angestellte und Beamte, sondern eine einheitliche Arbeitswissenschaft für die menschengerechte Gestaltung der Arbeit, welcher Art sie auch sei!“ Entsprechend plädierte er für die Schaffung einer neuen DGB-Vorstandsabteilung, die „Arbeitswissenschaft“, ‚Arbeitswirtschaft‘, ‚Arbeitsgestaltung‘, ‚Ergonomie‘ oder sonstwie zu benennen wäre.“³⁶ Allerdings ging sein Lob des Arbeitnehmerbegriffs aufgrund

³⁴ Ibid., S. 5–7.

³⁵ Der 1909 geborene Jungbluth war seit 1948 Arbeitsdirektor der Salzgitter AG und seit 1973 an der TU Hannover als Honorarprofessor für Arbeitswissenschaften tätig. Vgl. Bärbel von Borries-Puschback, Keine Hochschule für den Sozialismus. Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg 1945–1955, Wiesbaden 2002, S. 398, FN 705.

³⁶ Hon.-Prof. Adolf Jungbluth, Arbeitsdirektor und Vorstandsmitglied der Salzgitter AG i.R., an Martin Heiß, Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand, 6. Juni 1974, Anlage: Prof. Adolf Jungbluth, Stellungnahme zur Gründung einer Abteilung „Arbeiter“ im Bundesvorstand des DGB

seines arbeitsplatzzentrierten Ansatzes an der Problemwahrnehmung der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes vorbei. Schon in einer vorangegangenen Besprechung hatte sich der ÖTV-Vertreter Franz Holländer zu einer Intervention genötigt gesehen. So seien „die Bemühungen um einen einheitlichen Arbeitnehmerbegriff mit Vorsicht zu betrachten, da mit diesem eigentlichen Begriff keineswegs viele der jetzt bestehenden Probleme gelöst werden.“³⁷ Der ‚Arbeiter‘ ließ sich nicht so einfach tilgen.

Anders als Pornschlegels bildungswissenschaftlicher Ansatz operierte der arbeitswissenschaftliche bestenfalls noch mit einem fraktalen Arbeiterbegriff. Dies hatte Willfried Schaefer, der für die Tarifpolitik und Arbeitsstudien zuständige Vorstandssekretär von Martin Heiß, den Mitgliedern des Bundesarbeiterausschusses durch ein Positionspapier sehr deutlich zu verstehen gegeben:

Die Arbeit des Arbeitersekretärs kann sich nicht auf die Wahrnehmung allgemeiner Interessen der Arbeiter beziehen, da dies bereits durch die entsprechenden Fachabteilungen, so auch das Arbeitsstudium und die betriebliche Tarifpolitik wahrgenommen wird. Die Interessenwahrnehmung kann sich also immer nur auf bestimmte Grenzpersonengruppen beziehen, wie dies die Heimarbeiter[,] die Schichtarbeiter[,] die Nachtarbeiter[,] die Fließbandarbeiter oder die Mehrstellenarbeiter sind.³⁸

Offensichtlich litt diese Ableitung logisch unter einem Makel, wenn Schaefer von den allgemeinen *Interessen* aller Arbeiter auf spezifische Arbeitergruppen schloss. Besondere Interessen sprach er den ‚Arbeitern‘ dadurch implizit ab. Eine eigene Personengruppe, die gleichrangig neben denen der Beamten und Angestellten angesiedelt war, ließ sich so kaum beanspruchen. Zugleich erhielt der fraktale Arbeiterbegriff einen negativen Anstrich, weil positiv konnotierte Gruppen wie die Facharbeiter fehlten. Auf den ersten Blick ließ sich dieser Ansatz nur schwer mit dem Anliegen der ÖTV vereinbaren, der Arbeiterschaft mehr gesellschaftliches Prestige zu verleihen. Zu einer Zeit, als sich Gewerkschafts- und SPD-Funktionäre sprachlich von den Arbeitern, die sie nun als die „sozial Schwachen“ bezeichneten, zu distanzieren begannen³⁹, drohte die Personengruppe Arbeiter zu einem Reso-

und entsprechender Personengruppenausschüsse, 6. Juni 1974, S. 1, 2 (Zitat), 3 (Zitate, H. i. O.), in: AdsD 5/DGCS000135.

³⁷ Abteilung Tarifpolitik, Niederschrift Besprechung, 3. Mai 1974, S. 3.

³⁸ Martin Heiß an die Mitglieder des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB, 31. Januar 1974, Anlage: Willfried Schaefer, Überlegungen zur Tätigkeit des Arbeitersekretärs in Zusammenarbeit mit den Arbeitsstudiensekretären, S. 2, in: AdsD 5/DGCS000001.

³⁹ Vgl. Stefan Berger, *Social Democracy and the Working Class in Nineteenth and Twentieth Century Germany*, Harlow u. a. 2000, S. 207 sowie Mooser, *Arbeiterleben*, S. 214. Mooser führte den

nanzverstärker dieser neuen Töne zu werden. Wenig überraschend wiesen Hubert Vomberg von der Eisenbahnergewerkschaft wie auch Peter Schuh (RKW) auf die „positive[n] Merkmale“ der Arbeiter hin, welche Schuh „im höheren Organisationsgrad, im grösseren [sic!] Solidaritätsgefühl und im besseren politischen Bewusstsein“ verortete⁴⁰. Und doch bedeutete die Konzentration auf „Grenzpersonengruppen“ nicht zwangsläufig einen Verzicht auf politische Ansätze – es sei hier nur an Marcuses Hinwendung zu gesellschaftlichen Randgruppen erinnert. Im fraktalen Arbeiterbegriff schien nämlich eine Vorstellung des ‚Arbeiters‘ auf, die in einer konkreten, den Alltag der Betroffenen prägenden Problemkonstellation empirisch verankert war. Die Problematisierung des ‚Arbeiters‘ versprach, spezifische Defizite sichtbar und bearbeitbar zu machen, und war daher geeignet, neue Perspektiven für die Gewerkschaftspolitik zu eröffnen.

Der arbeitswissenschaftliche Ansatz ließ sich aber noch in eine gänzlich andere Richtung weiterführen. Jungbluths Zurückweisung der tradierten Statusbegriffe eröffnete einen unvoreingenommenen Blick auf empirische Probleme, welche völlig neue Akteurkonstellationen konstituieren konnten. Dieses Unterfangen hatte bereits Martin Heiß in seinem Anfang März 1973 vorgelegten Thesenpapier explizit als eine mögliche Aufgabe der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik identifiziert⁴¹. Zwar musste ein solches Vorhaben jeder Singularisierung der ‚Arbeiter‘ zuwiderlaufen, doch hätten sich neue kollektive Identifikationsangebote unterhalb des Arbeitnehmerbegriffs bilden lassen, welche die gewerkschaftliche „Mobilisierungssprache“⁴² auf innovative Weise hätten ergänzen können. Überdies hätte der DGB auf diesem Feld Pionierarbeit leisten, also autonom neue Grenzlinien ziehen können, gerade weil rechtlich definierte Gruppengrenzen hierbei nicht einschränkend gewirkt hätten, sondern es gegolten hätte, sie produktiv zu überwinden. Wie stark man durch solche begriffspolitischen Operationen den öffentlichen Diskurs prägen konnte, zeigten nicht zuletzt Horst Kern und Michael Schumann mit ihrer schon öfters hier zitierten Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“. Sie hatten die Arbeiterschaft einerseits durch Kategorisierungen differenziert, sie andererseits durch die Polarisierungsthese in zwei Großgruppen unterteilt⁴³. Ein solcher Ansatz sollte von den Arbeiterpolitikern des DGB jedoch erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre aufgegriffen werden.

Wandel auf den Ausbau des Sozialstaates und Tarifwesens zurück, wodurch die Gewerkschaftsfunktionäre immer stärker zu basisfernen „Experten des Sozialstaats“ wurden.

⁴⁰ Abteilung Tarifpolitik, Niederschrift Besprechung, 3. Mai 1974, S. 3 (Zitate), 6.

⁴¹ Vgl. Heiß, Versuch einiger Thesen, S. 12.

⁴² Vgl. Raphael, Jenseits von Kohle, S. 118–129.

⁴³ Vgl. Kern/Schumann, Industriearbeit.

Für die weiteren konzeptionellen Auseinandersetzungen lagen nun zwei unterschiedliche Ansätze vor. Pornschlegels bildungswissenschaftliche Thesen gingen von einem allgemeinen Arbeiterbegriff aus und zielten auf gesellschaftspolitische Maßnahmen ab. Die arbeitswissenschaftlichen Gegenentwürfe von Jungbluth und Schaefer setzten dagegen auf den einheitlichen Arbeitnehmerbegriff, der neben sich höchstens einen fraktalen Arbeiterbegriff duldete. Mit diesen Ansätzen rückte der Arbeitsplatz mit seinen konkreten Problemen in den Fokus der Arbeiterpolitik.

7.1.4 Arbeitsplatzzentrierung oder Gesellschaftspolitik?

Die Personengruppe Arbeiter stand nun vor der Frage, wo der Hebel anzusetzen sei, um die Probleme der Arbeiterschaft zu beheben. Die Mehrheit der Arbeitswissenschaftler wie auch Martin Heiß tendierten dazu, den Fokus auf den Arbeitsplatz zu legen. Gleichwohl konnten sie ihre selbst auferlegte Beschränkung nicht durchhalten und mussten den gesellschaftlichen Bereich irgendwie in ihre Überlegungen integrieren:

Es wurde übereinstimmend betont, dass das eigentliche Anliegen [...] der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik der Arbeitsplatz in seiner Bedeutung für die umfassend verstandene soziale Situation der Arbeiter darstellt. Es geht dabei darum, wie die Situation am Arbeitsplatz (durch die Tarifpolitik, die Mitbestimmung, die Betriebsräte, betriebliche Personal- und Sozialpolitik, gesetzliche Regelungen) verändert werden kann, damit die Situation der Arbeiter in der Wirtschaft und Gesellschaft verbessert wird und die spezifischen Benachteiligungen der Arbeiter beseitigt werden.⁴⁴

Der Charme dieses Ansatzes lag in der behaupteten Kausalbeziehung zwischen der konkreten Ausgestaltung des Arbeitsplatzes und den weit über diesen hinausreichenden Problemen der Arbeiterschaft. Der Arbeitsplatz fungierte in dieser Vorstellung gleichsam als ein Projektor, der das Arbeiterbild in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären hineintrug. Wiesen die Bilder nicht die gewünschte Qualität auf, war die Ursache nach dieser Logik am bildgebenden Gerät zu suchen. Dass sich die Gewerkschafter eben für diese Aufgabe sehr gut gerüstet wussten, war ein klarer Vorteil des Ansatzes. Ein zweiter lag darin, überhaupt operationalisierbar

⁴⁴ Abteilung Arbeiter-Handwerk, Protokoll des Vorbereitungsgespräches am 21. Mai 1974 (Arbeitskreis „Arbeiterpolitik der Gewerkschaften“) des Bundes-Arbeiterausschusses, S. 1, in: AdSD 5/DGCS000113.

zu sein. Abgesehen von der gewerkschaftlichen und arbeitswissenschaftlichen Expertise, welche Probleme klar identifizieren konnte, hatte die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 den Betriebsräten und Gewerkschaften zahlreiche Möglichkeiten eröffnet, auf diesem Feld aktiv zu werden⁴⁵. So war der unmittelbare Zugriff auf die Arbeiterinnen und Arbeiter über den Arbeitsplatz gesichert, und er war auf sie in ihrer Rolle als ‚Arbeiter‘ am ehesten noch dort gesichert. Denn am Arbeitsplatz ist die Zahl möglicher Rollen, welche ein Individuum verkörpern oder als handlungsleitend annehmen kann, deutlich beschränkter als jenseits des Arbeitsplatzes, auch wenn die Identität ‚Arbeiter‘ schon dort mit beruflichen, qualifikatorischen (ungelernt, angelernt, ausgebildet), aber auch geschlechtsspezifischen, generationellen oder ethnischen Zugehörigkeiten konkurrieren muss⁴⁶.

Dagegen blieb der gesellschaftsorientierte Ansatz bezüglich der Umsetzung seiner Hauptforderung, der „Anerkennung der volkswirtschaftlichen Leistung“⁴⁷ der Arbeiterschaft, recht vage, zumal sich die Forderung an einen denkbar unspezifischen Adressaten, nämlich die Gesellschaft, richtete. Und doch konnte ein solches Vorhaben gelingen, schließlich erreichten die Arbeiterfilme und -serien, begleitet von einer intensiven Medienberichterstattung, in den 1970er Jahren ein Millionenpublikum. Es existierte also ein gesellschaftlicher Resonanzraum für die Anliegen der Arbeiter. Notwendig waren hierfür öffentlichkeitswirksame Großveranstaltungen, wie sie Franz Holländer gleich auf der ersten Sitzung des Bundesarbeiterausschusses einforderte. Doch die Vertreter der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ließen es nicht dabei. Sie wollten sicherstellen, dass die Arbeiterinteressen künftig auch bei Gesetzgebungsprozessen mehr Beachtung finden würden⁴⁸. Dadurch hing der Erfolg des gesellschaftspolitischen Ansatzes von der Bereitschaft der DGB-Spitze ab, den ‚Arbeitern‘ zu öffentlicher Sichtbarkeit zu verhelfen. Wie in Kapitel 5 gezeigt, existierte ein solcher Wille Mitte der 1970er Jahre noch nicht einmal ansatzweise.

Gleichwohl wies auch der arbeitsplatzzentrierte Ansatz Mängel auf. So war unklar, ob die Kausalbeziehung überhaupt Geltung beanspruchen konnte, und, sofern dies der Fall sein sollte, wie viele der Probleme sich damit beheben ließen.

⁴⁵ Vgl. Friedrich Layh, Thyssen Niederrhein AG, an DGB-Bundesvorstand, z. H. Herrn Manfred [sic!] Heiss, 11. Juni 1974, Anlage: Friedrich Layh, Personengruppe Arbeiter, 7. Juni 1974, S. 2f., in: AdsD 5/DGCS000135.

⁴⁶ Vgl. Burkhard Hergesell, Arbeiterkulturen im Betrieb. Interethnische Beziehungen zwischen Produktionsarbeitern. Eine empirische Studie, Frankfurt a. M. 1994.

⁴⁷ Sachliche Begründung für die Arbeit der Personengruppe Arbeiter, [1976], S. 3, in: AdsD 5/DGAA000148.

⁴⁸ Vgl. Protokoll BAA, 17. Januar 1974, S. 3.

Schnell legte der weitere Lauf der Geschichte eine entscheidende Schwachstelle des Ansatzes offen: Er funktionierte vor allem in Zeiten annähernder Vollbeschäftigung. Es überrascht daher nicht, dass die anfängliche Konzentration auf den arbeitsplatzorientierten Ansatz⁴⁹ spätestens 1976 wieder einer gewissen Skepsis gewichen war, der sich auch Martin Heiß ergab:

Ziel muss es sein, Chancengleichheit zu schaffen und das Selbstbewusstsein des Arbeiters zu stärken, sowie sein Ansehen im Bewusstsein der Bevölkerung zu heben. Diese Aufgabe lässt sich nicht allein dadurch lösen, die Situation des Arbeiters am Arbeitsplatz zu verbessern.⁵⁰

Dieser Zweifel wurde intern von Karl-Heinz Vorbrücken, dem für die Arbeiterpolitik zuständigen Mitarbeiter der DGB-Vorstandsverwaltung, genährt. Schon kurz nach Aufnahme seiner Tätigkeit hatte Vorbrücken die „Förderung des Selbstbewusstseins“ der Arbeiter als „Endziel“ der Arbeiterpolitik ausgegeben⁵¹. Auch wenn er die Sprache der Abteilung damit beeinflussen konnte, änderte sich wenig an der Einstellung seiner Kollegen. In einer internen Besprechung im Februar 1977, in der es um die thematische Vorbereitung der ersten Bundesarbeiterkonferenz ging, zeigte sich die Abteilung Arbeiter in zwei Lager gespalten, die sich wiederum entlang der Frage Arbeitsplatzzentrierung oder gesellschaftspolitischer Fokus gruppierten. Wohl auch mit Blick auf die kurz darauf offen ausbrechende Konfrontation im Bundesvorstand, welche die Personengruppe Arbeiter prinzipiell zur Disposition stellte, sprach sich die Mehrheit im Ressort von Martin Heiß für die scheinbar weniger verfänglichen arbeitsplatzbezogenen Themen aus⁵². Und doch sollten es auch arbeitsplatzbezogene Fragen sein, die die öffentlichkeitswirksamen Bundesarbeiterkonferenzen der 1980er Jahre prägten.

Insgesamt ergab sich mit Blick auf die beteiligten Personen und deren Interessen eine paradoxe Situation: Diejenigen, die wie Martin Heiß an einer möglichst schnellen Abwicklung der Personengruppe Arbeiter interessiert waren, plädierten

⁴⁹ Vgl. Abteilung Tarifpolitik, Aktennotiz über die Vorbereitungssitzung des Arbeitskreises für die Sitzung des Bundes-Arbeiterausschusses in Oberhausen am 25. Juni 1974, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000113 sowie Abteilung Arbeiter-Handwerk, Sachbericht, 12. September 1974.

⁵⁰ Martin Heiß, DGB-Bundesvorstand, Abt. Arbeiter-Handwerk, Vorlage zum Tagesordnungspunkt „DGB-Bundesarbeitersausschuss“, 2. Dezember 1976, S. 8, in: AdsD 5/DGCS000127.

⁵¹ Karl-Heinz Vorbrücken, Abteilung Arbeiter-Handwerk, an die Kollegen Fröbrich, Trautmann, Polls, 23. Oktober 1975, Anlage, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000135.

⁵² Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken, Gedächtnisprotokoll der Abteilungsbesprechung vom 15. Februar 1977, in: AdsD 5/DGCS000124. Im Dezember 1976 war intern noch die Rede davon gewesen, die Konferenz schwerpunktmäßig mit gesellschaftspolitischen Fragen zu befassen. Vgl. Dieter Trautmann an Martin Heiß, 7. Dezember 1976, Anlage: Abt. Arbeiter-Handwerk, Vor/Sg. Vermerk Martin Heiß, 7. Dezember 1976, S. 3 f., in: AdsD 5/DGCS000136.

für den arbeitsplatzbezogenen Ansatz, der jedoch nicht dazu angetan war, das Arbeiterproblem dauerhaft zu lösen. Denn dieses war ja letztursächlich im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht angelegt. Andererseits tendierten jene, welche die Arbeiterpolitik als Daueraufgabe begriffen, zu einem gesellschaftspolitischen Ansatz⁵³, der, wie Friedrich Layh bemerkt hatte, unter der sozialliberalen Koalition gute Chancen hatte, die sogenannten „künstlichen, politisch-sozial begründeten Unterschiede“ zwischen Arbeitern und Angestellten rasch zu beseitigen⁵⁴.

7.1.5 Vermittelnde Begriffe: „Autonome Arbeiterpolitik“ und „integrierte Arbeitnehmerpolitik“

Die Debatte um Arbeitsplatzzentrierung oder Gesellschaftspolitik vermochte die politischen Optionen der Arbeiterpolitiker trennscharf umreißen, doch für die anstehende Arbeit lag darin gerade das Problem. Denn diese Begriffe verschärften nur die Lagerbildung und beschworen das Bild herauf, als handele es sich um unversöhnliche Gegensätze. Mehr zu gewinnen war mit einem pragmatischen Umgang. Hilfreiche Begriffe hierfür lieferte schon Anfang 1973 Mario Helfert, der vorschlug, analytisch eine „autonome Arbeiterpolitik“ und eine „integrierte Arbeitnehmerpolitik“ zu unterscheiden⁵⁵. Als Hintergrund lassen sich zwei Grundsatzzfragen ausmachen: Sollte die Arbeiterpolitik als klassische Personengruppen- oder als reine Sachpolitik betrieben werden? Und wollte man den ‚Arbeiter‘ singularisieren oder ganz im ‚Arbeitnehmer‘ aufgehen lassen? Helferts Begriffe brachten eine Diskussion in Gang, die auf eine Vermittlung der Positionen angelegt war. Diese Vermittlung erfolgte im Modus der Temporalisierung.

Zeitliche Aspekte hatten schon ganz am Anfang der konzeptionellen Überlegungen der Arbeiterpolitiker gestanden. So hatte Hans Pornschlegel in seiner ersten These die Notwendigkeit der Arbeiterpolitik mit der Diagnose des gesellschaftlichen Umbruchs hin zur „Dienstleistungs- und Angestelltengesellschaft“ historisch begründet. Der gewerkschaftspolitischen Vorbehalte gegen die neue Personengruppe eingedenk war es ihm darum gegangen, auch für die Arbeiterschaft eine Minder-

53 In einer Besprechung hatte Vorbrücken die geplante Bundesarbeiterkonferenz „als eine Grundsteinlegung für die Arbeit der Personengruppe Arbeiter auf die nächsten 15 bis 20 Jahre hinaus“ bezeichnet. Heiß unterstrich dagegen seinen Anspruch gegenüber dem Bundesarbeiterausschuss, „sich selbst überflüssig zu machen“. Willfried Schaefer von der Abteilung Tarifpolitik verlangte gar, „daß sich der Bundesarbeitersausschuß sofort wieder auflösen kann“. Vorbrücken, Gedächtnisprotokoll, 15. Februar 1977, S. 2 (Zitat), 4 (Zitat), 3 (Zitat).

54 Ausarbeitung von Layh, S. 1.

55 Helfert, Anmerkungen, 7. Februar 1973, S. 6.

heitenposition reklamieren zu können⁵⁶, selbst wenn diese damals allenfalls virtuell in Form von Prognosen existierte. Als prospektive Minderheit stellte die Arbeiterschaft keine Gefahr für die Begründungslogik der gewerkschaftlichen Personengruppenarbeit dar, weder für die mentalitäts- noch für die funktionsbezogene. Denn über das *Wesen* der ‚Arbeiter‘ wurden keine Aussagen getroffen, als Anlass für die besondere Betreuung fungierte vielmehr ein bloßes Mengenverhältnis.

Folglich fand dieses Argument schnell Eingang in die Überlegungen der Arbeiterpolitiker. Zwar war die Arbeiterpolitik damit normalisiert, doch erregte Pornschlegels Ansatz gerade deshalb Widerspruch. Dieser kam vom Bundesarbeiterausschuss der ÖTV. Seiner Meinung nach beeinflusste der Anteil der Arbeiterschaft an der Erwerbsbevölkerung die Beschaffenheit der Arbeiterprobleme in keiner Weise. Zudem bemängelte er Pornschlegels angeblich zurückhaltende Auslegung der Arbeiterpolitik⁵⁷, denn er hatte ihr in seiner SchlussThese lediglich „eine Ausgleichfunktion“ zugeschrieben, „um die heute bestehenden und künftig sich wahrscheinlich verschärfenden Ungleichheiten in der Stellung der Arbeiterschaft [...] weitgehend abzubauen und einzuebnen.“⁵⁸ Doch verwarf der Bundesarbeiterausschuss der ÖTV mit seiner Kritik die Verlaufsdimension zugunsten einer präsentistischen Auffassung der Arbeiterprobleme, wie sie in den Richtlinien für die Personengruppe Arbeiter im Jahr 1980 Gestalt gewinnen sollte? In diese Richtung deutet zumindest die explizite Ausklammerung des historischen Wandels, der sich in der veränderten Zusammensetzung der Gesellschaft damals deutlich abzuzeichnen begann. Präsentistisch musste diese Kritik gleichwohl nicht notwendigerweise sein, denn die ÖTV konnte theoretisch auch lediglich einen größeren historischen Bezugsrahmen geltend machen. Tatsächlich resultierten einige der Arbeiterprobleme aus politischen Problemkonstellationen des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, andere konnten als funktionale Auswüchse des kapitalistischen Systems erscheinen. Möglicherweise ging es den Gewerkschaftern des Öffentlichen Dienstes auch nur darum, eine möglicherweise wahrgenommene exkulpatorische Tendenz in Pornschlegels These zu schwächen, denn wenn die Arbeiterpolitik ihre Rechtfertigung erst aus der Entstehung der „Dienstleistungs- und Angestelltengesellschaft“ erfahren sollte, hätte der DGB die 20 Jahre zuvor mit dem Verzicht auf eine eigene Arbeiterpolitik alles richtig gemacht⁵⁹. Welche Motive genau hinter der Kritik standen, muss letztlich offenblei-

⁵⁶ Vgl. Pornschlegel, Thesen, S. 1.

⁵⁷ Vgl. Holländer, Kurzprotokoll ÖTV-BAA, 30.–31. Mai 1974, S. 3.

⁵⁸ Pornschlegel, Thesen, S. 7.

⁵⁹ Vgl. dagegen die Aussage von Erich Huber (DPG): „Den Gewerkschaften ist es nach 25 Jahren nicht gelungen, die Interessen der Arbeiter deutlich zu machen.“ Vgl. Protokoll BAA, 17. Januar 1974, S. 3.

ben. Wenn der Bundesarbeiterausschuss der ÖTV aber die „Ausgleichsfunktion“ als unzureichend einschätzte, kam dies hinsichtlich der konkreten Arbeit durchaus einer Einforderung eines stärkeren Denkens in Verlaufsdimensionen gleich. Sollte Arbeiterpolitik mehr sein als eine bloße Reaktion auf je unmittelbar auftretende Probleme, musste sie als eine den Verlauf der Geschichte gestaltende Kraft konzipiert werden.

Pornschlegel nutzte später immerhin Helferts Stichwort der „integrierte[n] Politik“, um das Verlaufsdenken bezogen auf die Schaffung eines einheitlichen Arbeitnehmerstatus produktiv zu machen. Arbeiterpolitik als „integrierte Arbeitnehmerpolitik“, so führte er aus, „bedeutet zum Teil tendenziell, dass die Arbeiterausschüsse zur Selbstauflösung neigen müssten.“⁶⁰ Neben dieses kurz- bis mittelfristig angelegte Projekt sollte mit Helferts „autonomer Arbeiterpolitik“ eine „Daueraufgabe“ treten, die schon deshalb unlösbar war, weil sie ständig „im Zuge des technologischen Wandlungsprozesses“ aktualisiert werde. Wie die ferne Zukunft der Personengruppe Arbeiter aussehen würde, machten die Arbeiterpolitiker ebenfalls deutlich:

Will man die Behandlung der genannten Aufgabenkreise kombinieren, würde der Bundesarbeiterausschuss immer stärker die Zielrichtung eines Ausschusses für Arbeitswissenschaft bekommen. Er würde dann das Ziel des ersten Aufgabenkreises erfüllen, nämlich einen einheitlichen Arbeitnehmerstatus durchzusetzen.⁶¹

Mit Blick auf die ÖTV-Kritik mag es überraschen, dass die Abteilung Arbeiter-Handwerk hier ohne Not die Existenz der Arbeiterpolitik zur Disposition stellte, und dies kaum drei Jahre, nachdem sie mit Mühe überhaupt satzungsrechtlich verankert worden war. Auf den zweiten Blick erweist sich die doppelte temporale Verfassung der Arbeiterpolitik aber als eine gute Taktik. Nicht zufällig erinnert dieser Kompromiss strukturell an das Erfurter Programm der SPD, welches seinerzeit zwischen revolutionären und reformistischen Strömungen zu vermitteln hatte⁶². So ist der Kompromiss der Arbeiterpolitiker des DGB als Angebot an die innergewerkschaftlichen Gegner der Arbeiterpolitik zu verstehen⁶³. Friedrich Layh hatte gerade sie in die Pflicht genommen, wenn er feststellte:

⁶⁰ Abteilung Tarifpolitik, Niederschrift Besprechung, 3. Mai 1974, S. 3.

⁶¹ Abteilung Arbeiter-Handwerk, Sachbericht, 12. September 1974, S. 2.

⁶² Vgl. etwa Josef Mooser, *Revolution oder Reform? Revisionismusstreit und Massenstreikdebatte 1890 bis 1914*, in: Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.), *Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung 1848 – 1863 – 2013*, 2., verbesserte Auflage, Bonn 2013, S. 78–87, hier S. 81f. Mooser bewertete das gleichzeitige Bekenntnis zu Reform und Revolution als „die nicht selbstverständliche Fähigkeit zur Einheit und Kontinuität der Bewegung“. Ibid., S. 87.

⁶³ Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken, Protokollnotiz des Gesprächs mit dem Kollegen Helmut Manz von der Gewerkschaft NGG am 30. Juli 1976, S. 2, in: AdSD 5/DGCS000136.

Es hängt nicht zuletzt von den Gewerkschaften ab, ob und in welchem Umfang dieser erste Aufgabenkreis eine Daueraufgabe ist. Bei voller Nutzung aller Einwirkungsmöglichkeiten wäre eine abschließende Erledigung dieser Aufgabe denkbar. Die politische Lage ist dafür nicht ungünstig.⁶⁴

Die temporale Zweiteilung der Arbeiterarbeit befreite die Beteiligten zudem von der Last, sich auf eine Option festlegen zu müssen. Zugleich blieben damit verschiedene Sprachregister erhalten, mit denen die Arbeiterpolitik je nach Adressat unterschiedlich begründet werden konnte. So war in den vorausgegangenen Debatten etwa leistungsideologisch argumentiert worden, wenn auf die „Sonderopfer“ der Arbeiterschaft verwiesen wurde, während aus dem zeitgenössischen Humanisierungsdiskurs, welcher über die Arbeitswissenschaftler Einzug in die Diskussion hielt, Menschenrechtsargumente geschöpft werden konnten. Die Arbeitswissenschaft bot zudem einen Rahmen, in dem sich ökonomische Gesichtspunkte geltend machen ließen: Ergonomische Maßnahmen erwiesen sich aus dieser Perspektive weniger als Wohltat für die Arbeiterschaft denn, verglichen mit den Krankheits- und Invaliditätskosten, als die günstigere Alternative⁶⁵.

Gleichwohl zeigt sich bei näherer Betrachtung eine gewisse Spannung zwischen den Begriffen und ihrer Auslegung. Laut Pornschlegel entsprang die autonome Arbeiterpolitik, wie erwähnt, aus arbeiterspezifischen, arbeitsbezogenen Problemen, die mit den Mitteln der Arbeitswissenschaft zu bearbeiten waren. Die Annahme, die autonome Arbeiterpolitik würde dadurch die Aufgaben der integrierten Arbeitnehmerpolitik erfüllen, hing jedoch allein von der Prämisse Adolf Jungbluths ab, dass die Arbeitswissenschaft nur im Rahmen eines allgemeinen Arbeitnehmerbegriffs operieren könne. In der Realität konnte die Arbeitswissenschaft die ihr zugedachte Funktion aber nur erfüllen, wenn sie die immer wieder aufs neue auftretenden Arbeiterprobleme stetig und restlos beseitigte. Andernfalls fungierte die autonome Arbeiterpolitik als Indikator für einen nicht im Arbeitnehmerbegriff aufhebbaren Restbestand an Problemen, der den Arbeiterbegriff dauerhaft zu fundieren vermochte. Dann aber hätte die autonome Arbeiterpolitik die Grundlage für eine Singularisierung des ‚Arbeiters‘ gelegt, was der Zielsetzung der integrierten Arbeitnehmerpolitik zuwiderlief. Dass genau dies im Bereich des Möglichen lag, darauf deutete Friedrich Layhs Hinweis auf die Beseitigung aller künstlichen, politisch-sozial begründeten Unterschiede hin, die impliziert, dass es

⁶⁴ Layh, Personengruppe Arbeiter, 7. Juni 1974, S. 1. Dort sprach er „von den „dringende[n] Anliegen“ der Arbeiter, verwies auf die „offensichtlichen Benachteiligungen der Arbeiterschaft“, die es „zu bereinigen“ gelte, und warnte vor „schwere[n] soziale[n] Erschütterungen“, die andernfalls drohten. Vgl. *ibid.*, S. 1f.

⁶⁵ Vgl. Abteilung Arbeiter-Handwerk, Sachbericht, 12. September 1974, S. 4, 6, 11 (Zitat).

eben auch nicht-künstliche, also natürliche Unterschiede gibt. Abgesehen davon lässt sich eine weitere Schwierigkeit der Begriffsbildung ausmachen: Die integrierte Arbeitnehmerpolitik sollte laut Pornschlegel nach demselben Muster wie die autonome Arbeiterpolitik ablaufen. Auch sie musste zunächst Besonderheiten der ‚Arbeiter‘ hervorheben, um ihre Beseitigung in die Wege zu leiten. Wenn beide Begriffe aber letztlich dasselbe beschreiben, taugen sie nur bedingt als Analysebegriffe. Ist daher im Folgenden von integrierter Arbeitnehmerpolitik als Analysebegriff die Rede, so beziehe ich mich damit auf alle Maßnahmen, die Arbeiterprobleme unter dem Arbeitnehmerbegriff zu lösen versuchen. Autonome Arbeiterpolitik soll dagegen Maßnahmen beschreiben, die auf eine empirische Fundierung des Arbeiterbegriffs hinauslaufen und als Grundlage einer Singularisierung des ‚Arbeiters‘ dienen können⁶⁶.

Solche Erwägungen spielten in der damaligen Diskussion jedoch keine Rolle. Stattdessen trat ein zusätzlicher Pluspunkt hervor: Aus beiden Aufgaben konnte zunächst dieselbe unmittelbare Handlungsempfehlung abgeleitet werden, nämlich festzustellen, welche Probleme überhaupt arbeiterspezifisch waren. Mit der Suche nach konkreten Benachteiligungen der Arbeiterschaft rückte die Definition des ‚Arbeiters‘ in den Hintergrund, die höchstens noch in der Verwendung des Kollektivsingulars „der Arbeiter“ anklang, und auch dieser sprachliche Aspekt änderte sich spätestens, als Irmgard Blättel⁶⁷ nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden von Martin Heiß die Leitung der Arbeiterpolitik 1980 übernahm. Stattdessen setzte die Abteilung Arbeiter seit etwa 1975 auf eine Doppelstrategie. Einerseits brachte sie eine Differentialdiagnostik zur Anwendung, an deren Ende der ‚Arbeiter‘ letztlich als der Nicht-Angestellte und somit als eine Residualkategorie stehen sollte. Andererseits betrieb sie aber eine erschöpfende Problemschau, die den ‚Arbeiter‘ als komplexes Problemsyndrom zum Vorschein brachte.

⁶⁶ Verwende ich die beiden Begriffe hingegen als Quellenbegriffe im Sinne Hans Pornschlegels, so sind „integrierte Arbeitnehmerpolitik“ und „autonome Arbeiterpolitik“ in Anführungszeichen gesetzt.

⁶⁷ Anders als Martin Heiß hatte Irmgard Blättel vor ihrer Berufung in den GBV lange Jahre Gelegenheit gehabt, als Vorstandssekretärin und engste Mitarbeiterin Maria Webers die Funktionsweise der Vorstandsverwaltung kennenzulernen. Vgl. Sibylle Plogstedt, ‚Wir haben Geschichte geschrieben‘. Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945–1990), Gießen 2013, S. 177–182, 401f., 473 sowie Remeke, Anders links, S. 221, 224.

7.2 ‚Arbeiter‘ in der Alltagsarbeit – Probleme und Potentiale

Im folgenden Abschnitt rückt die konkrete Arbeit der Personengruppe Arbeiter in den Mittelpunkt des Interesses. Drei Fragen sollen uns beim Gang durch diese Jahre begleiten:

1. Welche ‚Arbeiter‘ standen im Mittelpunkt der Arbeit?
2. Welche Potentiale boten die ‚Arbeiter‘ für den DGB?
3. Was erreichte die Personengruppe Arbeiter?

Begreift man die hier zu behandelnden Jahre als ein Scharnier zwischen den eher auf Verallgemeinerung und Vereinheitlichung hin ausgerichteten Konzeptionen der Anfangszeit und der ab 1980 einsetzenden, Singularisierung der ‚Arbeiter‘, stellt sich zugleich die Frage, ob und wo sich bereits Transformationen abzeichneten, und welche Ursachen dahinterstanden.

7.2.1 Die ‚Arbeiter‘ der Personengruppe Arbeiter

In den Jahren 1975 bis 1978 beschäftigten sich die Arbeiterpolitiker des DGB in unterschiedlichen Formaten mit der Frage, welche ‚Arbeiter‘ sie zu vertreten beabsichtigten. Viele der Akteure, die an der Konzeptualisierung der Arbeiterpolitik führend beteiligt gewesen waren, spielten in der Tagespolitik keine Rolle mehr. Nur Hans Pornschlegel vermochte seine Expertenrolle noch bis etwa 1978 auszuüben. Damit ging unweigerlich Wissen verloren, sodass manche Fragen aufs Neue verhandelt wurden.

Erste Schritte zur Klärung der Vertretungsfrage unternahmen die Arbeiterpolitiker mit der Planung einer für das Jahr 1975 vorgesehenen Bundesarbeiterkonferenz, die letztlich erst Ende 1977 und mit einer völlig anderen thematischen Ausrichtung durchgeführt werden sollte. Wichtige Impulse gingen sodann von der Erstellung einer umfassenden „Problemtabelle Arbeiter“ zwischen Herbst 1975 und Sommer 1976 aus⁶⁸, mit der der neu eingestellte Abteilungssekretär Karl-Heinz Vorbrücken gleichsam seine arbeiterpolitische Gesellenprüfung ablegte. Anschließend verhandelte der Bundesarbeiterratsausschuss zwischen September 1976 und März 1977 über einen „Schwerpunktkatalog“. Als genereller Trend lässt sich hier eine Versachlichung der Arbeiterfrage ausmachen, die auf der ersten Bundesarbeiterkonferenz ihren Schlusspunkt fand. Der zu Beginn noch vorherrschende Ansatz, spezifische Arbeitergruppen als Sonden für die Identifikation von Arbeiterproble-

⁶⁸ Vorbrücken an Fröbrich, Trautmann, Polls, 23. Oktober 1975, S. 1.

men zu verwenden, erlebte erst gegen Ende des Jahrzehnts ein kurzes Revival. Der Grund für die erneute Auseinandersetzung mit Arbeiterfraktionen lag nicht in strategischen Überlegungen der Abteilung Arbeiter-Handwerk, sondern sie wurde von Dritten auf bestimmte Gruppen aufmerksam gemacht.

Doch zurück zum Anfang. Schon in seinen Thesen hatte sich Hans Pornschlegel zwar hauptsächlich mit den ‚Arbeitern‘ an sich beschäftigt, aber mit den Frauen, Hilfs- und Gastarbeitern Randgruppen der Arbeiterschaft als besonders hilfsbedürftig ausgemacht⁶⁹. In ähnlicher Weise sahen die Pläne für eine Bundesarbeiterkonferenz zunächst vor, Teilgruppen aus der Arbeiterschaft eine Bühne zu bieten. Um das fraktale Arbeiterbild in den Gesamtrahmen einzuordnen, sollten sich die Delegierten im ersten Arbeitskreis allgemein „mit der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftspolitischen Situation der Arbeiter“ befassen. In den beiden anderen Arbeitskreisen standen dann, so der Plan, „Ausländische Arbeiter/innen“ und „Jugendliche Arbeiter/innen“ im Mittelpunkt⁷⁰. Dass sich die ausgewählten Arbeitergruppen leicht geändert hatten, war dabei rein akzidentiell, das heißt der damals aktuellen allgemeinpolitischen Themenkonjunktur geschuldet⁷¹. Dieser Schritt hin zur Umsetzung der Arbeiterpolitik rief aber sogleich entschiedene Proteste des GBV-Mitglieds Karl Schwab hervor, in dessen Vorstandsbereich die Vertretung jener beiden Gruppen fiel, der sich die Arbeiterpolitiker auf ihrer Konferenz nun besonders annehmen wollten. Schwab nutzte diese Gelegenheit nicht nur, sein eigenes Revier zu verteidigen, sondern fuhr gleich ganz schwere Geschütze auf:

Zusätzlich darf ich mir die Bemerkung erlauben, daß bereits diese Konstruktion der Konferenz beweist, wie unmöglich und unnötig die Bildung der Personengruppe Arbeiter ist, denn alle Fragen, für die sie sich zuständig fühlt, werden bereits von anderen Gruppen behandelt.⁷²

Ruft man sich in Erinnerung, dass Schwab auch für die Ausarbeitung der Rahmenrichtlinien der Personengruppen zuständig war, wirft dies ein neues Licht auf das Scheitern dieses Unterfangens. Auch wenn Heiß diese Kritik postwendend zurückwies, entfaltete sie aufgrund der prekären Stellung der neuen Abteilung innerhalb der DGB-Vorstandsverwaltung doch ihre Wirkung⁷³. Folglich lag es nahe,

⁶⁹ Vgl. Pornschlegel, Thesen, S. 3.

⁷⁰ Abteilung Arbeiter-Handwerk, Vorlage für die Sitzung des Bundes-Arbeiterausschusses am 31. Januar 1975, S. 3, in: AdsD 5/DGCS000001.

⁷¹ Vgl. die Aussagen von Paul Plumeyer (IG CPK) im Bundesarbeitersausschuss. Protokoll BAA, 31. Januar 1975, S. 4. Es sei auch daran erinnert, dass Willfried Schaefer schon 1973 andere Randgruppen als Pornschlegel benannt hatte.

⁷² Vgl. Karl Schwab an Martin Heiß, 24. März 1975, in: AdsD 5/DGCS000135.

⁷³ Martin Heiß, Abteilung Arbeiter-Handwerk, an Karl Schwab, 9. April 1975, in: AdsD 5/DGCS000135. Darin gestand Heiß seinem Kollegen zu, „dass, was auch immer der Bundes-Arbeitersausschuss in

den personenzentrierten Ansatz noch stärker durch einen problemorientierten zu ergänzen, wie er ja schon in den Ausführungen Jungbluths angelegt gewesen war. Entsprechend durchmischt präsentierte sich das Arbeitsprogramm des Arbeiterreferats, das Heinz Oskar Vetter in seiner Funktion als DGB-Vorsitzender im September 1975 dem DGB-Bundesausschuss präsentieren durfte. Neben einheitlichen Tarifverträgen, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Problemen oder Herausforderungen für Arbeiter im Zuge von Rationalisierung und Automation führte er „Probleme der Teilgruppen“ an, und zwar jene „der ungelernten, angelernten, Fach-, Schicht- und Nachtarbeiter“⁷⁴. Die von Schwab betreuten Gruppen tauchten in dieser Aufzählung nicht mehr auf. Bemerkenswert war aber etwas anderes, nämlich die Nennung der Facharbeiter; denn erst damit war der fraktale Arbeiterbegriff insofern komplettiert, als nun alle Qualifikationsstufen berücksichtigt waren.

Eine solche Melange aus Personen- und Problemsperspektive war durchaus reizvoll. Sie griff nicht nur die zuvor geführte Debatte um die Ausrichtung der Personengruppe auf, sondern ermöglichte ein ständiges Changieren zwischen den unterschiedlichen Sehepunkten. Schon in ihrem Sachstandbericht hatten die Arbeiterpolitiker mit Blick auf den arbeitswissenschaftlichen Ansatz Jungbluths 1974 gewarnt: „Der systematische Gesichtspunkt aber darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ganz überwiegend Arbeiter sind, die bei ihrer Arbeit unzumutbaren Belastungen und gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind.“⁷⁵ Was in diesem Zitat anklingt, ist die Einsicht von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, dass die moderne wissenschaftliche Vernunft dem Menschen wie der Natur Gewalt zufügt. Denn jede Systematisierung musste das jeweils Besondere des Untersuchungsobjekts tilgen, um es quantifizierbar und dadurch letztlich beherrschbar zu machen⁷⁶.

Angriff nimmt, davon irgendeine Abteilung unseres Hauses berührt wird.“ (Ibid., S. 1) Erst Ende 1976 war Heiß selbstbewusst genug, offensiver mit dieser Tatsache umzugehen. Die „Überschneidungen mit anderen Funktionen oder Kompetenzen beim DGB“ diene dem Ziel, keinesfalls eine „isolierte Politik“ für die Arbeiterschaft zu betreiben. Vgl. Heiß, Vorlage zum Tagesordnungspunkt, 2. Dezember 1976, S. 5 f.

⁷⁴ Heinz O. Vetter, Schwerpunkte des Arbeitsprogramms des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, Sitzung des DGB-Bundesausschusses am 2./3. September 1975 in Düsseldorf, S. 17, in: AdSD 5/ DGCS000136.

⁷⁵ Abteilung Arbeiter-Handwerk, Sachbericht, 12. September 1974, S. 2.

⁷⁶ Vgl. Sam Fleischacker, Kant in the *Dialectic of Enlightenment*, in: Sonja Lavaert/Winfried Schröder (Hrsg.), Aufklärungs-Kritik und Aufklärungs-Mythen. Horkheimer und Adorno in philosophiehistorischer Perspektive, Berlin/Boston 2018, S. 123–142, hier S. 133 f.

„Problemtablelle Arbeiter“

Wie produktiv diese Einsicht gewendet werden konnte, demonstrierte Karl-Heinz Vorbrücken mit seiner „Problemtablelle Arbeiter“. In ihrer Endfassung umfasste sie eine 18-seitige Tabelle, an die sich ein auf gut 200 Seiten ausformulierter „Problemkatalog“ anschloss, der in 25 Hauptpunkte nebst zahlreichen Unterpunkten zerfiel⁷⁷. Der eigentliche Tabellenteil war entlang von sieben Problembereichen strukturiert, denen jeweils besonders betroffene Arbeitergruppen zugeordnet waren⁷⁸. Auf diese Weise war der oben angeführten Kritik am systematischen Vorgehen Genüge getan, doch mussten sich die Personen hier klar den Problemen, also Sachfragen, unterordnen. Im Katalogteil war dies nicht der Fall. Hier rangierten Gruppen- und Sachprobleme auf der gleichen Ebene. Die Gruppen, die nun als problematisch identifiziert wurden, hatten sich unterdessen stark ausdifferenziert. Überraschenderweise fanden sich die üblichen Verdächtigen, also die aufgrund ihrer Qualifikation oder ihrer Arbeitszeiten schlechter gestellten Arbeiterinnen und Arbeiter, erst ganz am Ende unter dem Sammelbegriff „Teilgruppen“. Stattdessen kam im Problemkatalog einerseits mit den Arbeitern im Handwerk, den arbeitslosen Arbeitern, den Arbeitern im Öffentlichen Dienst sowie den Heimarbeitern solchen Gruppen ein eigenständiger Platz zu, die aufgrund ihrer Branchenzugehörigkeit (auch Arbeitslosigkeit wäre in diesem Zusammenhang als Branche zu werten) Benachteiligungen erfuhrten, andererseits jenen Gruppen, die aufgrund sichtbarer persönlicher Merkmale, nämlich ihrer Herkunft, ihres Alters, ihres Geschlechts oder ihres Gesundheitszustands, mit besonderen Problemen konfrontiert waren⁷⁹.

Im Zuge der konstruktiven Begleitung der Problemtablelle Arbeiter warfen verschiedene Akteure immer wieder die Frage auf, welche Probleme überhaupt in das Verzeichnis aufgenommen werden sollten. Analog zur Debatte um die integrierte Arbeitnehmerpolitik und autonome Arbeiterpolitik gab Franz Holländer zu

77 Vgl. Problemtablelle Arbeiter, in: AdSD 5/DGAA000500. Im weiteren Verlauf werde ich bisweilen vereinfachend von „Problemtablelle“ sprechen, wenn es mir um das Gesamtprojekt geht, das aus den beiden Teilen „Problemtablelle“ und „Problemkatalog“ bestand.

78 Im Einzelnen waren dies: „Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Arbeiter“, „Abbau der arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Unterschiede“, „Einheitliche Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte“, „Bildung, Aufstiegsmöglichkeiten in Betrieb und Gesellschaft“, „Aufhebung der Unterrepräsentanz von Arbeitern in politischen und gewerkschaftlichen Gremien“, „Förderung des Selbstbewusstseins der Arbeiter“ sowie „Gesellschaftspolitische Maßnahmen“. Problemtablelle Arbeiter, S. 2 f., 7, 9, 12 f., 15 (Hervorhebungen jeweils gelöscht).

79 Dies ging bereits auf den ersten Entwurf zurück. Vgl. Vorbrücken, Anlage, 23. Oktober 1975, S. 3 f., 6, 9, 11, 21, 23, 27, 32. In diesem ersten Entwurf waren noch die „Facharbeiter“ als eine der Teilgruppen aufgeführt, sie fehlten jedoch in der Endfassung. Dort wurden nun die „Wechselschichtarbeiter“ genannt. Vgl. Problemtablelle, S. 12 (Hauptteil).

bedenken, „ob eine Gliederung erfolgen kann, wonach zwischen gemeinsamen Problemen der Arbeitnehmer und spezifischen Arbeiterproblemen differenziert wird.“⁸⁰ Der Vertreter der Abteilung Sozialpolitik ging in seiner Forderung sogar noch weiter; denn er wollte nur arbeitspezifische Probleme gelten lassen⁸¹. Wäre Vorbrücken diesem Einwand gefolgt, hätte er zwar die Grundlage für eine autonome Arbeiterpolitik geschaffen, doch hätte sich die Frage gestellt, welche Relevanz sie überhaupt hätte erlangen können. Da viele der aufgeführten Probleme eben nicht arbeitspezifisch waren, wie der Vertreter des DGB-Justitiariats, Falk Eckhard Peters, anmerkte, drohte die Tabelle auf eine Sammlung unwichtiger Detailfragen zusammenzuschrumpfen. Politisch hätte das Arbeiterreferat damit kein Gewicht gewonnen. Aber mehr noch: Das Gesamtbild ‚Arbeiter‘ wäre völlig aus dem Blick geraten. Eine Lösung für die Problemkonstellation ‚Arbeiter‘ ließ sich aber womöglich nur erkennen, wenn alle Probleme, auch die nicht exklusiv arbeitspezifischen, in die Betrachtung einbezogen wurden. Von Peters ermutigt entschied sich Vorbrücken denn auch für einen umfassenden Problemkatalog⁸². Implizit, nämlich subsumiert unter die Sachprobleme, waren nun auch die Facharbeiter berücksichtigt, deren Probleme damit nicht mehr als allgemeine Arbeitnehmerprobleme, sondern als Arbeiterprobleme behandelt wurden. Der Arbeiterbegriff in der Problemtabelle Arbeiter mochte zwar fraktal erscheinen, doch waren nun alle Teile summarisch versammelt.

Neue Arbeitergruppen

War die Tätigkeit des Arbeiterreferats in den mittleren 1970er Jahren von immer wieder neu in Angriff genommenen konzeptionellen Erschließungen verschiedener Arbeitergruppen geprägt, trat ab 1978 eine Phase des Stillstands ein. Die Zuständigkeit für arbeitslose Arbeiter wurde in jenem Jahr recht geräuschlos an die Kreisverbände überwiesen⁸³ und damit an eine DGB-Ebene, auf der die Personengruppe Arbeiter nicht vertreten war. Auf neue Arbeitergruppen wurde das Arbeiterreferat nun von anderer Seite hingewiesen, doch wusste es mit ihnen wenig

⁸⁰ Martin Heiß, Karl-Heinz Vorbrücken, Niederschrift des DGB-Bundesarbeitsausschusses am 29. Januar 1976, S. 5, in: AdsD 5/DGCS000141.

⁸¹ Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken, Gespräch mit der Abt. Sozialpolitik Kollege Elsner am 19. Juli 1976, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000136.

⁸² Karl-Heinz Vorbrücken, Kurzprotokoll des Gesprächs mit der Abteilung Justitiariat am 12. Juli 1976, Gesprächspartner Falk-Eckardt [sic!] Peters, 13. Juli 1976, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000136.

⁸³ Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken, Scheckliste über die Aufgaben des Referats „Arbeiter“, 22. September 1978, S. 10 f., in: AdsD 5/DGCS000137 sowie Niederschrift über die Sitzung des Bundesarbeitsausschusses am 2. November 1978, S. 3–5, in: AdsD 5/DGCS000113.

anzufangen. Als Paradebeispiel hierfür können die Beschäftigten des Werkschutzes angeführt werden⁸⁴. Kurzfristig ähnlich, aber mittelfristig anders war es um die Berufskraftfahrer bestellt. Nach einer Initiative der ÖTV machte Karl Schwab die Arbeiterpolitiker im September 1977 auf diese Beschäftigtengruppe aufmerksam. Allerdings hatte sie nur deshalb die Aufmerksamkeit des DGB erlangen können, weil in der „Bundesvereinigung der Berufskraftfahrerverbände e. V.“ eine Konkurrenzorganisation zu erwachsen drohte. Das Potential, das diese Gruppe für die Gewerkschaftspolitik in sich barg, erschloss sich nur der ÖTV. Ihre Vertreter verwiesen auf den „regen Austausch“, den die Berufskraftfahrer untereinander pflegten, und sahen in ihnen folgerichtig „eine wichtige Gruppe von Multiplikatoren“. Dennoch wies die Abteilung Arbeiter-Handwerk auch hier jede Zuständigkeit zurück⁸⁵, und es sollte bis Mitte der 1980er Jahre dauern, bis auch die Arbeiterpolitiker des DGB einen Mehrwert in den Kraftfahrern erkennen konnten.

Wie ist diese Phase des Desinteresses zu erklären? Drei Gründe kommen hier in Betracht. Zum einen scheint die konzeptionelle Arbeit der Abteilung gegen Ende der Amtszeit von Martin Heiß unter dessen zunehmender krankheitsbedingter Abwesenheit gelitten zu haben. Zum Zweiten, so zeigte nicht nur das im März 1977 diskutierte Schwerpunktprogramm des Bundesarbeiterausschusses, konzentrierte sich die Arbeit mehr und mehr auf Sachprobleme: Mit Ausnahme der „Arbeiterinnen“ und der „Schicht- und Nachtarbeiter“ waren alle in den vorherigen Entwürfen noch vorgesehenen spezifischen Arbeitergruppen gestrichen. Stattdessen wollte sich der Bundesarbeiterausschuss der „Weiterbildungsbereitschaft und -möglichkeit der Industriearbeiter“, der „Gesundheitsgefährdung der Arbeiter“, dem Komplex „Freizeit – Umwelt – Wohnen“ sowie den „Arbeitsrechtliche[n] Nachteile[n] der Arbeiter“ widmen⁸⁶. Diese Entwicklung ist nachvollziehbar, wenn

⁸⁴ Vgl. Vorbrücken, Scheckliste, 22. September 1978, S. 13, Niederschrift BAA-Sitzung, 2. November 1978, S. 3f. sowie Karl Schwab, Abteilung Organisation, an Martin Heiß, 28. März 1979, in: AdsD 5/DGCS000126.

⁸⁵ Vgl. Karl Schwab, Abt. Organisation und Verwaltung, An die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, 6. September 1977 sowie Abteilung Arbeiter-Handwerk, Vermerk über ein Gespräch mit Vertretern des Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV am 24. Februar 1978 in Stuttgart, S. 2 (Zitat), beide in: AdsD 5/DGCS000122, Dieter Trautmann an die Kollegen der Abteilungen Tarifpolitik, Arbeiter-Handwerk, 30. März 1978, Anlage: Karl-Heinz Vorbrücken, Scheckliste über Aufgaben, die vom Referat „Arbeiter“ 1978 noch zu bearbeiten sind, 20. März 1978, S. 13f., in: AdsD 5/DGCS000137, Niederschrift BAA, 8. Juni 1978, S. 2–4, Vorbrücken, Scheckliste, 22. September 1978, S. 2f. sowie Niederschrift BAA, 2. November 1978, S. 3.

⁸⁶ Vgl. Vorlage zum Tagesordnungspunkt 2 der Bundesarbeiter-Ausschußsitzung am 8. März 1977 [d. i. „Überarbeitetes Schwerpunktprogramm“ (unter Berücksichtigung der Bundesarbeiterausschußsitzung vom 9. Dezember 1976)], S. 2f., 11f., 15, 20, in: AdsD 5/DGCS000122. Im Juni 1976 lauteten die Hauptpunkte noch: „Arbeiter im Handwerk“, „Arbeiterinnen“, „Arbeitslose Arbeiter“, „Aus-

man die vorangegangene intensive Beschäftigung mit spezifischen Arbeitergruppen als Heuristik begreift, um überhaupt erst Probleme zu identifizieren, die dann im Modus der Sacharbeit für die Betroffenen zu lösen waren. Ein dritter Grund sei abschließend angeführt. Wie die weitere Entwicklung der frühen 1980er Jahre zeigen sollte, bildete ein unspezifischer ‚Gesamtarbeiter‘ die bessere Grundlage für die auf den Bundesarbeiterkonferenzen 1981 und 1985 verfolgte Strategie, ‚Arbeiter‘ zu singularisieren.

7.2.2 Die Potentiale der Personengruppe Arbeiter

Welche Potentiale konnte die Personengruppe Arbeiter zu Beginn ihrer Tätigkeit erschließen? Hier ist zunächst festzuhalten, dass die bearbeiteten Themen nicht unbedingt den Eindruck einer systematischen Auswahl erwecken. Gleichwohl ist eine Systematisierung im Rückblick möglich. Generell entfaltete die Arbeiterpolitik in der Anfangszeit ihr Potential, indem sie sich Grenzbereichen der gewerkschaftlichen Arbeit zuwandte, nämlich der Trennlinie zwischen Arbeitszeit und Freizeit sowie den Grenzlinien des Arbeiterbegriffs. Das größte Innovationspotential wohnte jedoch keinem erschlossenen Themenbereich inne, sondern einer Methode: der Problemtabelle Arbeiter.

Die Grenze zwischen Arbeitern und Angestellten

Um ihr Potential zu entfalten, genügte in gewisser Weise schon die bloße Existenz der Personengruppe Arbeiter. Denn wie schon bei Adolf Jungbluth löste die Arbeiterpolitik auch bei anderen Gesprächspartnern einen Irritationseffekt aus, der das Nachdenken über Besonderheiten der ‚Arbeiter‘ in Gang setzte. Vorbrücken verstärkte diesen Effekt mit seiner Problemtabelle Arbeiter unweigerlich. Selbst einige Mitglieder des Bundesarbeiterausschusses wie Bruno Köbele (IG BSE) oder Alfred Czerny (HBV) meldeten Zweifel an der Exklusivität der im Problemkatalog verzeichneten Arbeiterprobleme an⁸⁷. Das Arbeiterreferat versuchte, diese Einwürfe produktiv zu nutzen, indem es die Suche nach bestehenden Unterschieden zwischen ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ sowie nach Lösungsmöglichkeiten

ländische Arbeitnehmer“, „Harmonisierung“, „Heimarbeiter“, „Ungelernte Arbeiter“, „Schwerbehinderte Arbeiter“, „Staatliches Recht“, „Tarifvertragliche Möglichkeiten“, „Schicht- und Nachtarbeiter“. Vgl. Dieter Trautmann an Martin Heiß, 22. Juni 1976, Anlage: Karl-Heinz Vorbrücken, Entwurfsvorlage I zum Tagesordnungspunkt 2 Schwerpunkte der Arbeit 1976/77, 3. Juni 1976, S. 1–3, in: AdsD 5/DGCS000136.

87 Heiß/Vorbrücken, Niederschrift BAA, 29. Januar 1976, S. 4f.

forcierte. Im Oktober 1976 war erstmals davon die Rede, beim RKW eine Studie in Auftrag zu geben, um die Unterschiede bei der Gewährung betrieblicher Sozialleistungen an Lohn- und Gehaltsempfänger zu erforschen⁸⁸. Die Voraussetzungen hierfür waren gut. Noch 1974 hatte Martin Heiß seine Kollegen informiert, dass der DGB im Jahr zuvor fast 20 Prozent der ihm zustehenden RKW-Mittel hatte verfallen lassen. Es drohten daher Mittelkürzungen seitens des Bundeswirtschaftsministeriums⁸⁹. Auch die Abteilung Angestellte meldete großes Interesse an dem Vorhaben an, da der vorangegangene Bundeskongress sie aufgefordert hatte, „eine Studie über die materiellen und immateriellen Abhängigkeiten der Angestellten in den Unternehmen zu erstellen“⁹⁰. Dennoch verzögerte sich die Umsetzung, da zwischenzeitlich auch andere Abteilungen des DGB auf die gut gefüllten Töpfe des RKW aufmerksam geworden waren⁹¹.

Einen anderen Weg schlugen die Arbeiterpolitiker mit einer weiteren Studie ein. Sie wollten klären, welche tarifvertraglichen Unterschiede zwischen ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ bestanden und auf welche Weise sie sich abbauen ließen. Martin Heiß hatte sich zunächst an das Tarifarchiv des WSI gewandt, doch dessen Mitarbeiter winkten ab. Er habe bereits für die zweite von ihm geleitete Vorstandsabteilung, jene für Tarifpolitik, so viele Anfragen gestellt, dass eine weitere Arbeitsbelastung nicht tragbar sei⁹². Als Alternative bot sich Hans Pornschlegel an, der mittlerweile als Professor an der Sozialakademie Dortmund wirkte. Diese Institution diene, wie etwa die Akademie der Arbeit in Frankfurt, der wissenschaftlichen Qualifizierung von Arbeitnehmern ohne Abitur. Nicht zuletzt wurden dort aktive Gewerkschaftsmitglieder auf eine zukünftige hauptamtliche Tätigkeit im DGB oder

88 Karl-Heinz Vorbrücken, Entwurf, An das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V., 6. Oktober 1976, in: AdsD 5/DGCS000122. Ein Jahr früher hatte bereits Franz Holländer eine RKW-Studie zur Lage der Arbeiter in der Bundesrepublik ins Gespräch gebracht. Vgl. Heiß/Fröbrich, Protokoll BAA, 23. September 1975, S. 3.

89 Vgl. Martin Heiß an die Arbeitsträger des RKW-Projektes 1974, an die Tarif- und Bildungsabteilungen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, an den Geschäftsf. Bundesvorstand zur Kenntnisnahme, 14. Mai 1974, S. 1f., in: AdsD 5/DGCS000059.

90 Annedore Bell, Abteilung Angestellte, an Kollege Vorbrücken, Abteilung Arbeiter-Handwerk, Referat „Arbeiter“, 27. Oktober 1976, in: AdsD 5/DGCS000122.

91 Vgl. Willfried Schaefer, Aktennotiz für den Kollegen Martin Heiß, 23. November 1976, in: AdsD 5/DGCS000122.

92 Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken an den Kollegen Martin Heiß, 8. Oktober 1976 sowie Dr. Heinz Markmann, WSI Geschäftsführung an Martin Heiß, DGB, Abt. Tarifpolitik, 14. März 1977, beide in: AdsD 5/DGCS000137.

den Einzelgewerkschaften vorbereitet. Pornschlegel erklärte sich bereit, das Thema von drei Studenten bearbeiten zu lassen⁹³, denn er sah für alle Seiten einen Gewinn:

Sie ließe sich insoweit durchaus auch als ein Beispiel der neuen didaktischen Konzeption der Sozialakademie kennzeichnen, die [...] mit dem Stichwort: „Arbeiter forschen“ umrissen ist. Dahinter steht die Annahme, daß die Heranführung von Studierenden der Sozialakademie an eine wissenschaftliche Aufarbeitung von Thematiken aus ihrer berufs- und gesellschaftlichen Erfahrungswelt wegen ihrer besonders engen Realitätsbezüge besonders erfolgsversprechend ist; auch bietet sich zugleich eine Chance zur Erprobung sozialwissenschaftlich-analytischen Denkens im Rahmen ihrer künftigen oder derzeitigen Handlungsfelder.⁹⁴

Mit anderen Worten: Bestenfalls wurden nicht nur unmittelbar anwendbare Erkenntnisse für die Arbeiterpolitiker gewonnen, sondern zugleich künftige Gewerkschaftsfunktionäre für die Problematik sensibilisiert.

Problemgruppen und Freizeit

Potential barg jedoch nicht nur das Streben, Unterschiede gegenüber den Angestellten abzubauen, sondern auch die Beschäftigung mit der Frage, welche Gruppen überhaupt zur Arbeiterschaft gehörten. Als sich die Gewerkschafter Mitte der 1970er Jahre mit den ‚Arbeitern‘ zu beschäftigen begannen, begaben sie sich keineswegs auf ein völlig unbearbeitetes Feld. Ganz im Gegenteil, die Studentenbewegung, Filmschaffende und Soziologen aus dem In- und Ausland hatten sich schon längst derselben Frage angenommen. Im Vergleich zu diesen konnte die Personengruppe Arbeiter eigene Akzente setzen, die weniger radikal, aber dennoch innovativ ausfielen.

Um dies zu verdeutlichen, sei zunächst auf einen Gegenentwurf verwiesen. Serge Mallet hatte mit dem Begriff der ‚Arbeiterklasse‘ kurzerhand Tabula rasa gemacht, um ihn von den ‚Arbeitern‘ der traditionellen Branchen zu säubern und diese durch die Vertreter der „neuen Arbeiterklasse“ zu ersetzen, zu denen er auch Angehörige der „wissenschaftlich-technischen Intelligenz“ – Techniker, Ingenieure, leitende Angestellte – zählte. In ihnen erkannte er gesellschaftsveränderndes Potential, da sie gegen die in Frankreich besonders ausgeprägten betrieblichen Hierarchien opponierten. Die Arbeiterschaft der traditionellen Industriebranchen,

⁹³ Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken, Aktennotiz über das Gespräch mit den Kollegen Ekkehard Schwabe, Siegfried Brusten und Reiner Neumeister von der Sozialakademie Dortmund und den Kollegen Manfred Piecha, WSI und Karl-Heinz Vorbrücken vom 18. Januar 1977, in: AdsD 5/DGCS000137.

⁹⁴ Differenzierungen zwischen Arbeitern und Angestellten in Tarifverträgen – eine Analyse ausgewählter Beispiele. Siegfried Brusten, Reiner Neumeister, Ekkehard Schwabe. Mit einem Nachwort von Prof. Hans Pornschlegel. Aus der Arbeit der Sozialakademie Dortmund Lehrstuhl für Arbeitswissenschaft, im Mai 1978, S. 40, in: AdsD 5/DGCS000137.

so Mallets Verdikt, habe sich hingegen in der bürgerlichen Ordnung eingerichtet und sei nur noch an einer graduellen materiellen Verbesserung ihrer Lage interessiert, dadurch in letzter Konsequenz jedoch politisch irrelevant geworden⁹⁵. Das DGB-Arbeiterreferat verhalf dagegen gerade den Randgruppen der alten ‚Arbeiterklasse‘ zumindest zu gewerkschaftsinterner Sichtbarkeit⁹⁶. In einer facharbeiterzentrierten Bewegung wie den Gewerkschaften war dieser Schritt sinnvoll, da mit den Randgruppen noch ungenutztes Mobilisierungspotential in den Blick kam und sich überraschende Erkenntnisse gewinnen ließen. Denn während Industriesoziologen aufgrund ihrer *déformation professionnelle* in den großen Industriebetrieben nach empirischem Material für ihre Studien zu suchen pflegten, konnte Vorbrücken in seiner Problemtabelle verkünden: „In keinem anderen Bereich der Wirtschaft ist der Anteil der klassischen Arbeiter so hoch wie im Handwerk“⁹⁷. Mallet hätte dieser Erkenntnis wohl keinen positiven Wert zugestanden, doch der Bewertungsmaßstab der DGB-Gewerkschaften mochte ein anderer sein. Langfristig betrachtet lag gerade im Handwerksbereich ein großes Zukunftspotential für die Wirtschaft und damit indirekt auch für die Gewerkschaften. Denn Handwerker fanden ihr Auskommen vornehmlich in kleinen und mittelgroßen Betrieben, die im Zuge der Mitte der 1980er Jahre einsetzenden Deindustrialisierung an Bedeutung gewannen und mitunter zu *hidden champions*, also Weltmarktführern mit einer höchst spezialisierten Produktpalette, aufsteigen sollten⁹⁸.

Dass Vorbrücken auf die Arbeiterschaft in den Handwerksbetrieben aufmerksam geworden war, lag sicher auch am Ressortzuschnitt begründet. Immerhin firmierte die Vorstandsabteilung, in der er beschäftigt war, als Abteilung Arbeiter-Handwerk. Vorbrückens Einordnung der Handwerker als „klassische Arbeiter“ war dennoch keine Trivialität, denn die Handwerkspolitik des DGB war vornehmlich auf eine Interessenvertretung der Gesellen in den Handwerkskammern ausgerichtet, weniger aber auf eine konsequente Integration der Handwerker in die Gewerkschaftspolitik⁹⁹. Jedoch zeigte die Anlage der Problemtabelle Arbeiter gerade im Auffinden wenig beachteter Arbeitergruppen ihre Wirkung. Am deutlichsten wird dies vielleicht bei der Gruppe der Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter. Während für Industriesoziologen der technische Wandel die entscheidende

95 Vgl. Mallet, Neue Arbeiterklasse, S. 11–27.

96 Somit vollzog das Arbeiterreferat einen Trend aus der Sozialpolitik nach, die seit Mitte der 1960er Jahre ebenfalls verstärkt „Randgruppen“ in den Blick genommen hatte. Vgl. zur Sozialpolitik Hockerts/Süß, Gesamtbetrachtung, S. 952.

97 Vorbrücken, Anlage, 11. Dezember 1975, S. 2.

98 Vgl. Raphael, Jenseits von Kohle, S. 432–434.

99 Vgl. Beitrag des Referates Handwerk in der Abteilung Arbeiter-Handwerk als Material zur Bundesarbeiterkonferenz 1981 in Osnabrück, S. 2–7, in: AdsD 5/DGAA000156.

Variable der gesellschaftlichen Entwicklung darstellte, dessen Auswirkungen auf die Arbeiterschaft zu untersuchen waren, zeichnete sich die Problemtabelle durch eine grundsätzliche analytische Offenheit aus. Anders hätte sie ihrer Aufgabe, möglichst alle Probleme der Arbeiter aufzuspüren, nicht gerecht werden können. Hier profitierte Vorbrücken von den vorangegangenen Diskussionen, gerade weil sie nicht zu einer ausschließlichen Festlegung auf arbeitsplatzzentrierte oder gesellschaftspolitische Fragestellungen geführt hatten¹⁰⁰.

Lohnend ist daher, einen Blick auf die beiden Suchalgorithmen der Problemtabelle Arbeiter zu werfen. Deren erste Suchachse nahm ihren Ausgangspunkt in den vorhandenen Lösungsmöglichkeiten und strukturierte die Probleme dahingehend, ob sie mit betrieblichen, gewerkschaftlichen, tarifvertraglichen oder gesetzlichen Mitteln anzugehen waren¹⁰¹. Auf diese Weise kamen gesetzliche Regelungen als ein diskriminierender Faktor in den Blick. Heimarbeiter erwiesen sich als Ergebnis dieses Vorgehens als besonders betroffene Gruppe, denn sie waren von der Schutzwirkung sowohl des Lohnfortzahlungsgesetzes als auch des Kündigungsschutzgesetzes ausgenommen¹⁰². Die zweite Suchachse folgte den Arbeitern durch all ihre Lebensbereiche. Dadurch ließ sich das Bildungssystem als diskriminierende Instanz identifizieren, aber es kam auch die Trias „Freizeit – Umwelt – Wohnen“ in den Blick¹⁰³.

Eine solche Ausweitung der gewerkschaftlichen Zuständigkeit war nicht unumstritten. Als sich das Arbeiterreferat der Freizeit zuwandte, erhob Kurt Georgi (GHK) Einspruch. Er verlangte, „daß die Gewerkschaften gegen jede Form der Freizeitreglementierung eintreten müßten.“¹⁰⁴ Andererseits hatte bereits Serge Mallet, wie auch die Vertreter der Kritischen Theorie, vor der Versuchung eines Lebensmodells gewarnt, „das getrennt ist zwischen einer stumpfsinnigen und aufgezwungenen Arbeit und einem Privatleben, das mit den Spielzeugen der Konsumgesellschaft ausgestattet ist“¹⁰⁵. Mit diesem Modell hätte auch Vorbrücken wenig anfangen können. Er stand mit seinem Ansatz, „die sinnvolle Bewältigung der Freizeit“ als Ziel gewerkschaftlichen Handelns auszugeben¹⁰⁶, noch ganz im Pro-

100 Schon 1971 hatte der Spiegel den Heimarbeiterinnen einen ausführlichen Bericht gewidmet. Vgl. o. V., Fäden zieht der Vogel, in: Der Spiegel 25–13 (1971), S. 84–90.

101 Vgl. Problemtabelle, S. 2–18 (Tabellenteil).

102 Vgl. Dieter Trautmann an die Abteilung Frauen, Angestellte, Bildung, Berufliche Bildung, Arbeitsrecht, Jugend, Gesellschaftspolitik, Tarifpolitik, Beamte-Öffentlicher Dienst, Sozialpolitik, 5. August 1976, Anlage: Abt. Arbeiter-Handwerk, Schwerpunktarbeit für die Personengruppe Arbeiter, 5. August 1976, S. 27–29, in: AdSD 5/DGCS000136.

103 Vgl. *ibid.*, S. 5f., 15–18.

104 Protokoll BAA-Sitzung, 14. September 1976, S. 9.

105 Mallet, Neue Arbeiterklasse, S. 24.

106 Protokoll BAA-Sitzung, 14. September 1976, S. 8.

blemhorizont der späten 1950er Jahre. Freizeit war als Problem erst auf die gewerkschaftliche Tagesordnung gekommen, als die Gewerkschaften seit Mitte jenes Jahrzehnts den Kampf um die Beschränkung der Arbeitszeit auf fünf Wochentage sowie auf 40 Wochenstunden aufgenommen hatten. Schon mit der Kampagne „Freie Zeit – meine Zeit“ von 1958/9 hatte der DGB den Anspruch gegenüber der Arbeitnehmerschaft begründet, die neugewonnene Zeit sinnvoll zu nutzen¹⁰⁷. Und da der Trend zu mehr freier Zeit sich über die 1970er Jahre hinweg fortsetzte, blieb die Frage für die Gewerkschaften relevant. Vorbrücken konnte dieser Entwicklung aber durchaus auch Gutes abgewinnen. So bot das vergrößerte Freizeitbudget etwa einen Ansatzpunkt, die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder stärker für parteipolitischen Engagement zu mobilisieren¹⁰⁸. Dies wäre zugleich eine sinnvolle Maßnahme gewesen, um einer Lösung der beiden großen Probleme der Arbeiterpolitik, der Steigerung des gesellschaftlichen Prestiges und der Verwirklichung des einheitlichen Arbeitnehmerstatus, näherzukommen.

Es genügte aber nicht, die Arbeiterschaft in ihrer Freizeit zu politisieren, sondern es sprach auch einiges dafür, die Freizeit selbst als politischen Faktor zu betrachten, da sie direkt auf die Arbeitswelt zurückwirkte. So stellte das Freizeitverhalten von Lohnempfängern eine große Unbekannte dar, die sich bei der Bewertung von gesundheitlichen Arbeitsplatzrisiken instrumentalisieren ließ. Die Frage, ob etwa tätigkeitsbedingte Kontakte mit Chemikalien zu Lungenkrebsfällen führten, verneinte ein bei der BASF beschäftigter Arbeitsmediziner mit dem Hinweis auf die nebulösen Rauchgewohnheiten der Betroffenen¹⁰⁹. Die Politisierung des Freizeitbereichs, der ja der alte Gedanke des ganzen Menschen zugrunde lag, war denn auch kein Unterfangen, das ausschließlich die Gewerkschaften betrieben. Zwar hatte die IG Metall mit ihrer internationalen Konferenz zur Qualität des Lebens 1972 das Stichwort gesetzt, doch nahmen sich sowohl Willy Brandt in seiner Regierungserklärung als vor allem auch Erhard Eppler dieses Begriffes an¹¹⁰.

107 Vgl. Süß, Kumpel, S. 292–295 sowie Schönhoven, Deutsche Gewerkschaften, S. 225 f.

108 Vgl. Problemtabelle Arbeiter, S. 160 ff.

109 Vgl. Beat Bächli, Grenzwertpolitik am Arbeitsplatz. Der Arbeiterkörper im „Mensch-Maschine-Umwelt-System“ zwischen individueller Prävention und Sterberate der Population (1955–1980), in: Bluma/Uhl, Kontrollierte Arbeit, S. 219–247, hier S. 236 f.

110 Vgl. Erhard Eppler, Die Qualität des Lebens, in: Aufgabe Zukunft – Qualität des Lebens. Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen, Band 1: Qualität des Lebens, Redaktion: Günter Friedrichs, Frankfurt a. M. 1973, S. 86–101, hier S. 89 f., Heinz Oskar Vetter, Eröffnungsansprache, in: *ibid.*, S. 17–20 sowie Winfried Süß, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in der Reformära, in: Hockerts, Geschichte der Sozialpolitik, S. 157–221, hier S. 210.

Akteure zwischen Arbeit und Freizeit – Schichtarbeiter und arbeitslose ‚Arbeiter‘

Eine Vermittlung der Positionen zeichnete sich darin ab, das Freizeitproblem nicht als Sachfrage zu behandeln, sondern anhand von Problemgruppen. Hier boten sich die Nacht- und Schichtarbeiter an, denn ihre Probleme im Privatleben erwuchsen eindeutig aus der Art ihrer Arbeitszeit. Vor allem für diese Gruppe war etwa die Frage arbeitergerechten Wohnens akut¹¹¹, doch griff die Schichtarbeit noch viel tiefer in das Leben der Betroffenen ein. Schon 1962 hatte der Soziologe Hans Paul Bahrdt ausgeführt:

Schichtarbeit bedeutet neben den physischen und nervlichen Umstellungsschwierigkeiten, die jeder Schichtwechsel mit sich bringt, eine schwere Belastung für das Familienleben und für alle Freizeitbetätigungen. [...] Überall hört man zwar die Klage, daß Volkshochschulkurse nur wenig von Arbeitern besucht werden. Aber nur verhältnismäßig selten versucht man zu klären, auf welche Weise ein Schichtarbeiter regelmäßig einen Kursus besuchen soll, der jede Woche am gleichen Tag abends um 20 Uhr stattfindet.¹¹²

Für eine stärkere Berücksichtigung der Schicht- und Nachtarbeiter hatten sich die Vertreter der Abteilung Bildung im Juli 1976 ausgesprochen, nachdem sie, wie auch andere Abteilungen der DGB-Bundesvorstandsverwaltung, von Vorbrücken um eine Einschätzung seiner Materialsammlung gebeten worden waren¹¹³. Dieter Trautmann, Leiter des Arbeiterreferats, nahm diesen Hinweis auf. Gegenüber dem Bundesarbeiterausschuss hob er die besondere Relevanz des Themas hervor, die darin lag, dass der „Kreis der Betroffenen in der BRD vor allem infolge technologischer Wandlungen und entsprechend internationaler Trends ständig wächst“¹¹⁴. Die Arbeiterpolitik hatte sich mit ihnen ein Themenfeld erschlossen, das auch außerhalb der Gewerkschaften gegen Ende der 1970er Jahre rasch an Bedeutung gewann. So widmeten sich auch Wissenschaftler wieder dieser Gruppe, um zu untersuchen, wie nachhaltig Schichtarbeit das Privatleben der Betroffenen kolonisierte¹¹⁵.

Eine ähnliche Kippfigur, die eine Unterscheidung zwischen Freizeit und Arbeit nicht mehr zuließ, war der arbeitslose Arbeiter. Arbeit prägt das Leben der Ar-

111 Vgl. Protokoll BAA-Sitzung, 14. September 1976, S. 9.

112 Bahrdt, *Industriearbeiter*, S. 29.

113 Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken, Gesprächsnotiz über das Gespräch mit den Kollegen Karl Jostarndt und Heinrich Eckert (o. D.), 20. Juli 1976, S. 1, in: AdSD 5/DGCS000136.

114 Abteilung Arbeiter-Handwerk, Schwerpunktarbeit, 5. August 1976, S. 10.

115 Vgl. Hannah Ahlheim, *Der Betrieb und das Schlafzimmer. Die ‚Humanisierung‘ der Schicht- und Nachtarbeit in der Bundesrepublik der 1970er Jahre*, in: Andresen et al., *Betrieb*, S. 213–230, hier S. 215.

beitslosen gerade durch ihre Abwesenheit, dafür aber umso nachhaltiger. Denn wer arbeitslos ist, hat auch keinen Feierabend. Das Arbeiterreferat wollte sich diese negative Präsenz von Arbeit in der Privatsphäre dieser Arbeitergruppe zunutze machen, um dem von Josef Windisch (IG BE) gestellten Anspruch gerecht zu werden, nicht nur Gewerkschaftspolitik zu koordinieren, „sondern es müssen die Probleme sichtbar gemacht und Lösungsvorschläge unterbreitet werden“¹¹⁶. Als Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit galt den Arbeiterpolitikern Bildung. Dies ging so weit, dass im Schwerpunktкаталог eine Ausbildungspflicht als Abhilfe gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit ins Spiel gebracht wurde, obwohl selbst Mitglieder des Bundesarbeitsausschusses an deren Verfassungsmäßigkeit wie auch Wirksamkeit zweifelten¹¹⁷. Mit Blick auf die älteren Arbeitslosen waren die Ambitionen des Arbeiterreferats bescheidener. Ab Mitte 1976 verfolgten die Arbeiterpolitiker Pläne, Arbeitslose in einem „Medienverbund“ weiterzubilden. Die Arbeiter sollten sich die theoretischen Grundlagen ihrer manuellen Weiterbildung durch spezielle Fernsehsendungen aneignen können, während ihnen praktische Kenntnisse in Lehrwerkstätten oder in Berufsbildungszentren vermittelt werden sollten. Dieses Setting sollte Arbeitern die Möglichkeit eröffnen, in der vertrauten Umgebung des eigenen Heims ihre unterstellte Bildungsferne zu überwinden. Pate für diesen Vorschlag stand das Telekolleg¹¹⁸, das seit 1967 zunächst vom Bayerischen Rundfunk ausgestrahlt wurde und den Teilnehmenden zur Mittleren Reife verhelfen sollte¹¹⁹.

Diesen Ansatz nun auf die Arbeiterschaft zu übertragen, stieß bei Arbeitsmarkt- und Bildungsexperten gleichermaßen auf grundsätzliches Wohlwollen¹²⁰. Mit diesem Vorschlag griff das Arbeiterreferat zugleich eine schon 1969 erhobene Forderung des DGB-Bundeskongresses auf¹²¹ und demonstrierte, dass es sich durchaus innovativ auf die sich verändernde zeitgenössische Medienlandschaft einzustellen vermochte. Immerhin neigte sich die Zeit, in der die Gewerkschaften mit ihren eigenen Publikationen auf ihre Mitglieder einwirken konnten, dem Ende zu, wo-

116 Heiß/Vorbrücken, Niederschrift BAA-Sitzung, 29. Januar 1976, S. 6.

117 Abteilung Arbeiter-Handwerk, Schwerpunktarbeit, 5. August 1976, S. 6 sowie Protokoll BAA, 14. September 1976, S. 2–5.

118 Vgl. Dieter Trautmann an Martin Heiß, 22. Juni 1976, Anlage: Karl-Heinz Vorbrücken, Entwurfsvorlage III zum Tagesordnungspunkt 4 „Lehrgänge“, 3. Juni 1976, in: AdSD 5/DGCS000137.

119 Vgl. Dieter Baacke, Massenmedien, in: Rudolf Tippelt (Hrsg.), Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Opladen 1994, S. 455–462, hier S. 456 f.

120 Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken an den Kollegen Dieter Trautmann, 13. Januar 1976 [recte: 1977], Anlage: Karl-Heinz Vorbrücken, Notiz über das Gespräch mit der Bundesanstalt für Arbeit, vertreten durch Dr. Wohlleben, am 22. Oktober 1976 in Nürnberg, 25. Oktober 1976, S. 2 sowie Anlage: Heidrun Lotz, Berufsbildungswerk des DGB, Pädagogische Zentralstelle, Stellungnahme zum Modellversuch manueller Medienlehrgänge, 13. Dezember 1976, S. 1, beide in: AdSD 5/DGCS000136.

121 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1969, S. 408–410 (Antragsteil).

durch die gewerkschaftliche Präsenz in den frei verfügbaren Medien unweigerlich an Bedeutung gewann¹²². Die Personengruppe Arbeiter hatte sich überdies nicht nur sehr frühzeitig des Problems der Arbeitslosigkeit angenommen¹²³, sondern konnte hoffen, durch die Fernsehsendungen auch selbst in die breite Öffentlichkeit zu treten. Ob sie auch durch die zeitgenössischen Arbeiterfilme dazu inspiriert wurde, ist zwar möglich, aber durch Quellen nicht belegbar.

Methode als Potential – Problemtabelle und Problemkatalog

Abschließend sei noch auf das Potential eingegangen, das im Format Problemkatalog lag. Weit mehr als eine Randnotiz scheint mir die Tatsache zu sein, dass Vorbrücken zunächst noch eine „Definition des Arbeiters“¹²⁴ zum Ausgangspunkt seiner Arbeit machen wollte. Sehr bald hatte er davon aber Abstand genommen. Folglich bestimmte er weder den zentralen Akteur eindeutig noch führte er die Arbeiterprobleme auf ein einheitliches Strukturprinzip zurück. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit etwa tauchte zwar im Vorwort sowie im Abschnitt zum politischen Bewusstsein der Arbeiterschaft auf, der von dem Industriesoziologen Werner Kudara beige-steuert wurde, spielte inhaltlich aber keine grundlegende Rolle. In die Kritik an patriarchalen Strukturen im Handwerk oder an überkommenen betrieblichen Hierarchien mischte sich das Motiv der Entfremdung, während die Massenarbeitslosigkeit ebenso wie die Beschränkung der ausländischen Beschäftigten auf unqualifizierte Tätigkeiten jeweils aus ökonomischen Gesichtspunkten angeprangert wurden. Die Debatte um die Humanisierung der Arbeitswelt wiederum lieferte Argumente, um arbeitsplatzbezogene Gesundheitsrisiken zu skandalisieren. Schließlich verwies Vorbrücken hinsichtlich „der Suchtkranken [...], der Kriminalität oder der politischen Radikalität“ auf das gesellschaftliche Störpotential, das von Arbeitern ausgehen konnte. Als Auslöser führte er naheliegende Gründe wie die Arbeitslosigkeit an, aber auch kulturkritische Annahmen wie die unzureichenden Partizipationsmöglichkeiten der Arbeiter in der Öffentlichkeit¹²⁵.

Suchte man nach einem einheitlichen Bezugspunkt, ließe sich die Vision der ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ anführen. So sprach auch Vorbrücken in seinem Vorwort von dem Ziel einer „einheitliche[n] Arbeitnehmerschaft“, ein Ziel, das er

122 Vgl. Sascha Kristin Futh, Strategische Kommunikation von Gewerkschaften. Die Kampagnen Samstags gehört Vati mir, 35-Stunden-Woche und Mindestlohn, Wiesbaden 2018, S. 145.

123 Der DGB hatte zwar schon 1975 ein Programm für Vollbeschäftigung verabschiedet, nahm sich des Problems der Arbeitslosigkeit laut Schönhoven aber erst am Ende des Jahrzehnts an. Vgl. Schönhoven, Deutsche Gewerkschaften, S. 233, S. 245.

124 Vorbrücken, Anlage, 23. Oktober 1975, S. 1.

125 Vgl. Vorbrücken, Anlage, 11. Dezember 1975, S. 2 (Vorwort), 1, 26 (Zitat), 31 f., 27, 29, 47, 78 f., 81.

mit den Punkten „Anhebung des Bildungsniveaus“, „Anerkennung der volkswirtschaftlichen Leistung“ sowie „Abbau sozialer Nachteile in der Gesellschaft und Chancengleichheit im gesamten gesellschaftspolitischen Bereich“ weit auslegte¹²⁶. Orientierung stifteten somit nicht mehr, wie im Marxismus, die Identifikation von Problemursachen, die im Problemkatalog diffus blieben, sondern eine Wunschvorstellung, deren Realisierung in der Zukunft lag. Damit zeichnete sich in Vorbrückens Arbeit eine Erkenntnis ab, die Daniel Bell wenige Jahre zuvor als Grundlage seiner eigenen Arbeit zur „nachindustriellen Gesellschaft“ – auch dies ein gedanklicher Vorgriff auf die Zukunft – explizit auf den Punkt gebracht hatte,

nämlich den, daß sich die soziale Realität nie mit einem einzigen konzeptuellen Schema erschöpfend erfassen läßt [...]. [...] Überhaupt darf man [...] *Gesellschaften* m.E. nicht als ‚strukturell verknüpft¹²⁷es Ganzes‘ oder als ‚Totalität‘ sehen. [...] Letztlich wurzelt das Konzept der nachindustriellen Gesellschaft in einer neukantianischen, nicht in einer hegelianischen Gesellschaftsauffassung. Wir können die ‚Totalität‘, das ‚Ding an sich‘, nicht erkennen.¹²⁷

Epistemologisch gesprochen ermöglicht die Dekonstruktion einer überkommenen Totalität (etwa der ‚Arbeiterklasse‘ oder des ‚Arbeitnehmers‘) die bewusste Wahrnehmung bestehender Differenzen und setzt im besten Falle eine ungeheure Produktivität der Erkenntnis frei. Politisch kann es jedoch riskant sein, diese Freisetzung zentrifugaler Kräfte in keiner Weise einzufangen¹²⁸. Tatsächlich fiel die Einhegung dieser Kräfte im Problemkatalog nur sehr schwach aus. Denn die Bezugnahme auf die einheitliche Arbeitnehmerschaft erfolgte nur im Vorwort und war als bloßes Wunschbild nicht kausal an strukturelle Entwicklungstendenzen zurückgebunden. Im Gegensatz dazu hatten Horst Kern und Michael Schumann einen anderen Weg eingeschlagen. Wie Vorbrücken waren auch sie dem zeittypischen Trend zur Differenzierung gefolgt¹²⁹, indem sie anhand des Mechanisierungsgrads der jeweiligen Tätigkeit zahlreiche Untergruppen der Industriearbei-

¹²⁶ Ibid., S. 2 f. (Vorwort).

¹²⁷ Daniel Bell, *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Reinbek bei Hamburg 1979 [amerik. Orig. 1973], S. 12, 17 (H. i. O.), 18. Auch René Ahlberg bezweifelte, dass der „Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit“ die Gesellschaft noch „adäquat“ beschreiben konnte. René Ahlberg, *Das Proletariat. Die Perspektiven der Arbeiterklasse in der Industriegesellschaft*, Stuttgart u. a. 1974, S. 71.

¹²⁸ Zum Mechanismus der Freisetzung epistemologischen Potentials vgl. Peter Tietze, „Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“. Richard Koebners und Reinhart Kosellecks historische Semantik zwischen Historismus und *Posthistoire*, in: *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 5–2 (2016), S. 6–22, hier S. 12.

¹²⁹ Ahlberg, *Proletariat*, S. 63–69. Die 1976 gestartete Angestelltenaktion des DGB zeichnete sich ebenfalls dadurch aus, „daß der DGB sich zunehmend von einer globalen, auf den Angestelltenbegriff fixierten Angestelltenpolitik abwendet und sich einer betriebsnäheren, zielgruppenorientierten Angestelltenpolitik annähert“. Fehrmann/Metzner, *Angestellte*, S. 142.

terschaft typologisierten, doch zugleich hatten sie mit der Automation eine klare Ursache und mit der „Polarisierung“ der Arbeiterschaft eine kausal damit zusammenhängende, die Individuen vereinheitlichende, wenn auch die Arbeiterschaft spaltende Wirkung identifiziert¹³⁰.

Zieht man diese Studie als Vergleichsmaßstab heran, zeichnet sich in Vorbrückens Arbeit das *Format* des Problemkatalogs stärker noch als das vorgeschobene Bekenntnis zum einheitlichen Arbeitnehmerbegriff als das vereinheitlichende Element ab, das dem Differenzierungstrend entgegengesetzt ist. Mit dem Format des Problemkatalogs näherte sich Vorbrücken den Vorstellungen des damaligen poststrukturalistischen Denkens an, das ebenfalls auf Letztbegründungen zugunsten von Verweissystemen verzichtete. Henning Trüper suchte die damit verbundene Weltsicht mit dem Bild der „flatness“ zu charakterisieren¹³¹. Zumindest für die dem Katalog vorgeschaltete Problemtabelle kann dies zwar nicht gelten. Dort zog Vorbrücken hierarchische Ebenen ein, denn er ordnete die Probleme, wie oben erwähnt, nach ihrer Lösbarkeit durch gewerkschaftliche, betriebliche, tarifvertragliche oder gesetzliche Maßnahmen. Der Problemkatalog entbehrte hingegen jeglicher Hierarchie oder Ordnung. Sach- und gruppenbezogene Probleme waren bunt gemischt, und selbst eng verwandte Themen wie „Aufstieg“ oder „Chancengleichheit“ blieben unvermittelt, ja durch die eingeschobene Kategorie „Ausländische Arbeitnehmer“ beinahe gewaltsam voneinander getrennt¹³². Die fehlende Systematik rief zwar sogleich Kritik hervor¹³³, doch beharrte Vorbrücken auf seinem Vorgehen. Die Nummerierung spiegle nur „Ordnungsnummern“ wider und könne jederzeit verändert werden¹³⁴. Der Problemkatalog war also tatsächlich in dem Sinne „flach“, als kein Problem prinzipiell als wichtiger oder unwichtiger angesehen wurde. Die Betonung der ständigen Veränderbarkeit des Katalogs war hier nur die zwingende Schlussfolgerung, die Vorbrücken zog. Im Grunde handelte es sich hierbei bereits um eine Datenbank, die Problemkonzentrationen einzelner Arbeitergruppen wie auch gruppenübergreifende Probleme gleichsam topographisch abbilden konnte. Und je nach Fragestellung musste der Katalog eine andere Struktur annehmen. Hierin lag ein gewaltiges Potential, das aufgrund mangelnder personeller Ressourcen, aber auch aufgrund der nicht vorhandenen informationstechnologischen Ausstattung zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Problemkatalogs noch nicht völlig ausgeschöpft wurde.

130 Kern/Schumann, *Industriearbeit*, S. 59 f., 152.

131 Henning Trüper, *The Flatness of Historicity*, in: H & T 58–1 (2019), S. 23–49.

132 Vgl. Vorbrücken, *Anlage*, 11. Dezember 1975, S. 34–58.

133 Vgl. W. Schaefer, *Abt. Tarifpolitik*, an die Kollegen Karl-Heinz Fröbrich, Dieter Trautmann, Karl-Heinz Vorbrücken, 3. Dezember 1975, S. 1, in: AdSD 5/DGCS000135.

134 Vgl. Heiß/Vorbrücken, *Niederschrift BAA*, 29. Januar 1976, S. 2.

7.2.3 Die Ergebnisse der Personengruppe Arbeiter

Gemessen an den Potentialen fielen die ersten messbaren Ergebnisse relativ bescheiden aus. Auf der Habenseite konnten die Arbeiterpolitiker die Studie der Sozialakademie Dortmund zu den tarifvertraglichen Unterschieden zwischen ‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ verbuchen. Auf über 100 Seiten hatten sich Siegfried Brusten, Reiner Neumeister und Ekkehard Schwabe, alle drei Mitglieder der IG Metall¹³⁵, sehr detailliert mit den bestehenden tarifvertraglichen Unterschieden von ‚Angestellten‘ und ‚Arbeitern‘ sowie resultierenden Diskriminierungen der Arbeiterschaft auseinandergesetzt und waren zu pointierten Schlussfolgerungen gelangt. So führten sie viele der Benachteiligungen auf die unterschiedlichen Entlohnungsformen von Arbeitern und Angestellten zurück. Dieses Problem war ihrer Meinung nach bislang noch kaum tarifvertraglich angegangen, geschweige denn gelöst worden. Mit Blick auf die unterschiedlichen Kündigungsfristen nahmen sie die gewerkschaftliche Tarifpolitik in die Pflicht, Lösungen herbeizuführen. Denn gesetzliche Besserungen, so ihre zutreffende Einschätzung, seien vorerst nicht zu erwarten. Insgesamt plädierten sie für einheitliche Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte, denn eine Vereinheitlichung der Regelung durch je eigene Verträge für jede der Arbeitnehmergruppen wies ein klares Manko auf: „Die Lohn- oder Gehaltstarifverträge beinhalten jedoch die Natur der Differenzierung, die auf diese Art schlecht abzubauen ist.“¹³⁶ Ihr Betreuer Hans Pornschlegel bewertete die Studie zunächst zwar zurückhaltend, da sie für Experten wohl keine neuen Erkenntnisse liefere. Aber er fuhr fort: „[M]öglicherweise wird aber erstmals eine Arbeit vorgelegt, die eine gewisse Systematisierung der offenen Probleme bietet.“¹³⁷ Später riet er Martin Heiß gar, die studentische Arbeit in einer gewerkschaftlichen Zeitschrift zu publizieren¹³⁸. Ob es dazu gekommen ist, ist unklar. Immerhin wurde die Studie aber im Bundesarbeiterausschuss diskutiert und im „Arbeitsausschuß für Arbeitsstudien des DGB“ verteilt¹³⁹.

Gerade die ambitioniertesten Projekte teilten dagegen ein anderes Schicksal: Sie wurden schlicht nicht umgesetzt. Die geplante RKW-Studie zu den Unterschie-

¹³⁵ Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken an Dieter Trautmann, 10. Januar 1977, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000137.

¹³⁶ Wissenschaftliche Hausarbeit „Die Differenzierungen zwischen Arbeitern und Angestellten auf tarifvertraglicher Basis dargestellt an ausgewählten Tarifverträgen.“ Reiner Neumeister, Siegfried Brusten, Ekkehard Schwabe, Juni 1977, S. 56 (Zitat), 58, 79 f. et passim, in: AdsD 5/DGCS000137.

¹³⁷ Brusten/Neumeister/Schwabe, Differenzierungen zwischen Arbeitern und Angestellten, Mai 1978, S. 43.

¹³⁸ Vgl. Hans Pornschlegel an Martin Heiß, 28. Juni 1978, S. 2, in: AdsD 5/DGCS000137.

¹³⁹ Vgl. Martin Heiß an den Arbeitsausschuß für Arbeitsstudien des DGB (AfA), 25. Oktober 1978 sowie Hans Pornschlegel an Martin Heiß, 20. November 1978, beide in: AdsD 5/DGCS000137.

den von betrieblichen Sozialleistungen für Arbeiter und Angestellte verschwand wohl völlig geräuschlos in den Schubladen oder Papierkörben des Arbeiterreferats, jedenfalls findet sich in den Quellen keinerlei Hinweis auf ihr weiteres Schicksal¹⁴⁰. Die Gründe für die ausgebliebene Verwirklichung des Medienverbund-Projekts sind hingegen gut dokumentiert. Trotz aller anfänglichen Begeisterung hatten sich schnell grundlegende Probleme aufgetan. Reinhard Wohlleben von der Bundesanstalt für Arbeit machte auf ein grundsätzliches Dilemma des Vorhabens aufmerksam:

Je spezieller eine Ausbildung nach den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen wird, um so schmaler wird der Sektor der Zielgruppe durch die auch notwendige Berufsverwandtschaft und läßt das Medium Fernseher als ungeeignet erscheinen.¹⁴¹

Das Berufsbildungswerk des DGB stellte gar die Grundannahme infrage, wonach sich ein Fernsehprogramm als Lernmedium eigne. Sinnvoller sei es daher, Arbeitslose auf diesem Wege über Möglichkeiten zur Weiterbildung zu informieren¹⁴². Zwar tauchte das Vorhaben aufgrund der verschärften Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1978 noch einmal in den internen Unterlagen auf, doch begnügten sich die Arbeiterpolitiker mit einer Forderung an die Bundesregierung, die Potentiale des Fernsehens als Medium der Weiterbildung von Arbeitslosen wissenschaftlich untersuchen zu lassen¹⁴³.

Dass nicht alle Potentiale ausgeschöpft wurden, lag aber auch an der Selbstbeschränkung, die nicht zuletzt Martin Heiß der Personengruppe auferlegte. In dem schon zitierten Gedächtnisprotokoll Vorbrückens schrieb dieser Heiß als handlungsleitende Maxime folgenden Satz zu: „Vor allem darf die Personengruppenarbeit bei den Arbeitern keinen Egoismus für die Arbeiter erzeugen.“¹⁴⁴ Entscheidend waren für Heiß damals also nicht die Interessen der Arbeiterschaft, sondern der organisationspolitische Wunsch, das gewerkschaftliche Arbeitnehmerprojekt nicht zu gefährden. Auch wenn ein Gedächtnisprotokoll mit Vorsicht zu genießen ist, zumal Vorbrücken sich selbst die Rolle des Verteidigers einer öffentlichkeitswirksamen Arbeiterpolitik zuschrieb, findet seine Einschätzung in den übrigen überlieferten Quellen durchaus Bestätigung. So trug die Abteilung Arbeiter-Handwerk selbst mit dazu bei, das Wirkungsfeld der Arbeiterpolitik zu beschränken: Die

¹⁴⁰ Der letzte Quellenbeleg lautete, man wolle sich um das Projekt bemühen. Vgl. BAA, 9. Dezember 1976, Tagesordnungspunkt 6 „Verschiedenes“, in: AdSD 5/DGCS000122.

¹⁴¹ Vorbrücken, Notiz Gespräch Dr. Wohlleben, 25. Oktober 1976, S. 2.

¹⁴² Lotz, Stellungnahme, 13. Dezember 1976, S. 2f.

¹⁴³ Vgl. Vorbrücken, Scheckliste, 22. September 1978, S. 9.

¹⁴⁴ Vorbrücken, Gedächtnisprotokoll, 15. Februar 1977, S. 4.

von Martin Heiß verfassten Thesen zur Arbeiterpolitik wurden nie offiziell verabschiedet, nicht vom Bundesarbeiterausschuss und schon gar nicht vom DGB-Bundesvorstand¹⁴⁵, noch erhielt der Bundeskongress die Gelegenheit, über die Arbeiterpolitik inhaltlich zu debattieren. Zwar war diese letztgenannte Option 1974 intern diskutiert, doch letztlich wieder verworfen worden¹⁴⁶. Gerade vor dem Hintergrund der Dauerpräsenz der Angestelltenfrage auf den Bundeskongressen ist diese Entscheidung nur schwer nachzuvollziehen. Denn Bundeskongresse boten ja nicht nur die Möglichkeit, die Delegierten für bestimmte Probleme zu sensibilisieren, sondern sie konnten dem eigenen Handeln Legitimation verleihen. Selbst der mit den übrigen Abteilungen abgestimmte Problemkatalog verschwand nach seiner Fertigstellung schnell wieder in den Schubladen: „Er wird nicht veröffentlicht (d. h., dem Bundesarbeiterausschuß zur Kenntnis gegeben), sondern dient der Abteilung Arbeiter-Handwerk als langfristiger [sic!] ‚Gehirnschmalz‘.“¹⁴⁷ Arkanwissen wurde in diesem Fall für wichtiger erachtet als die Entfaltung von Breitenwirkung, doch tatsächlich fiel der Problemkatalog auch intern schon bald dem Vergessen anheim.

Distanzierung von spezifischen Arbeitergruppen

Ebenso spielten viele der zunächst problematisierten Arbeitergruppen in der Tagespolitik rasch keine Rolle mehr. Während die Zahl der Heimarbeiter doch zu gering war, um gewerkschaftspolitisch ins Gewicht zu fallen, muss zumindest die Aufgabe der Auseinandersetzung mit den Problemen der Nacht- und Schichtarbeiter, der Arbeiterinnen wie auch der Arbeiterschaft des Öffentlichen Dienstes verwundern.

So hatten die Mitglieder des Bundesarbeiterausschusses noch Ende 1976 den Nacht- und Schichtarbeitern „Priorität“ beigemessen¹⁴⁸. Mit detaillierten Lösungen konnte das Arbeitergremium jedoch nicht aufwarten, es blieb bei allgemeinen Forderungen nach besseren Vorruhestandsmöglichkeiten, nach speziell auf

¹⁴⁵ Immerhin trug er das Thesenpapier schon im März 1973 dem DGB-Bundesvorstand vor. Vgl. o. V. [Martin Heiß], Versuch einiger Thesen zu einer gewerkschaftlichen Politik für Arbeiter, 17. Januar 1974, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000135. Da aus der ÖTV viele Anfragen wegen der Thesen kamen, intervenierte Heiß bei deren Hauptvorstand, um sie zu unterbinden. Vgl. Martin Heiß an Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – Hauptvorstand, 31. Mai 1974, in: AdsD 5/DGCS000135.

¹⁴⁶ Vgl. Abteilung Tarifpolitik, Aktennotiz, 25. Juni 1974, S. 2.

¹⁴⁷ Dieter Trautmann an Martin Heiß, 22. Juni 1976, Anlage: Karl-Heinz Vorbrücken, Unterlage für das Gespräch zwischen den Kollegen Heiß, Fröbrich, Trautmann und Vorbrücken am 4. Juni 1976, 3. Juni 1976, S. 2, in: AdsD 5/DGCS000136.

¹⁴⁸ So etwa der Eisenbahnergewerkschafter Hans Kloss. Vgl. Niederschrift BAA, 9. Dezember 1976, S. 5.

den Arbeitsrhythmus der Schichtarbeiter ausgerichteten Kulturangeboten oder nach Konzepten für „lärmgerechtes Wohnen“¹⁴⁹. Immerhin befasste sich auch die erste Bundesarbeiterkonferenz mit der Schichtarbeiterproblematik, wenn auch nicht als eigenständigem Punkt, sondern im Rahmen des Arbeitskreises zur „Arbeitszeitgestaltung“. Dessen Sprecher gaben dann, ohne jede Begründung, eine überraschende Empfehlung zu Protokoll: Anstelle von „Schichtarbeiter[n] und Nachtarbeiter[n]“ solle man „hier besser von besonders belasteten Arbeitnehmergruppen sprechen“¹⁵⁰. Tatsächlich unterwarfen sie sich damit nicht nur dem Sprachregime des DGB, sondern folgten einem allgemeinen Trend zur Verwendung technokratischer Termini, die negative Sachverhalte sprachlich entschärfen sollten. Dahinter stand die Erkenntnis, dass Sprache kein neutrales Beschreibungsinstrument ist, sondern in bestimmten Fällen bereits vorhandene Benachteiligungen noch weiter verschärft. So hatte etwa Willfried Schaefer 1976 hervorgehoben, „daß die Bezeichnung un- oder angelernte Arbeiter als diskriminierend anzusehen ist“¹⁵¹. Mit einem Alternativvorschlag hatte zuvor schon ein Kollege aus der DGB-Vorstandsverwaltung aufgewartet: „Mangelnde Einsatzfähigkeit am Arbeitsmarkt“ sollte den Ausdruck „ungelernte Arbeiter“ ersetzen.¹⁵² In diesen Ansätzen kam der sachpolitische Zugriff zum Tragen, zu dem die Personengruppenarbeit notwendig in einem Spannungsverhältnis steht. Ob diese Versachlichung tatsächlich die bessere Alternative war, ist jedoch zu bezweifeln. Denn sie tilgte jeden Bezug auf die von der Benachteiligung betroffene Person und erschwerte dadurch die gesellschaftliche Anerkennung der Notlage. Wenig überraschend markierte jene begriffspolitische Intervention auf der Bundesarbeiterkonferenz für die Arbeiterpolitik des DGB das Ende der Auseinandersetzung mit jener besonders belasteten Arbeitnehmergruppe. Jedoch hatte die Personengruppe Arbeiter mit der Beschäftigung mit Schicht- und Nachtarbeitern wie auch mit der Einordnung in das Rahmenthema Arbeitszeitgestaltung ein gutes Gespür für die Themen der Zeit gezeigt. Damit trat sie aber unweigerlich in Konkurrenz mit weit potenteren Akteuren. So sollte die IG Metall in den frühen 1980er Jahren ihr ganzes Gewicht für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in die Waagschale werfen. Die Arbeiterpolitiker wichen auf andere Themen aus.

Noch schneller abgewickelt war das Thema „Arbeiterinnen“. Sie tauchten zwar noch im Schwerpunktprogramm als eigenständiger Punkt auf, doch revidierte

149 Vgl. „Überarbeitetes Schwerpunktprogramm“, S. 11f.

150 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 7 (Zitat), 86f. (Zitat).

151 Protokoll BAA, 14. September 1976, S. 4.

152 Vorbrücken, Kurzprotokoll Gespräch Justitiariat, 12. Juli 1976, S. 1. Eine weitere Kritik ist protokolliert in: Karl-Heinz Vorbrücken, Gespräch mit der Kollegin Wiethold am 19.7.1976, S. 1, in: AdSD 5/DGCS000136.

Martin Heiß im Februar 1977 die geplante Beschäftigung der Bundesarbeiterkonferenz mit dieser Frage¹⁵³. Aus Sicht der Arbeiterpolitiker sprachen zwei Punkte dagegen. Willfried Schaefer sah insgesamt beim personengruppenzentrierten Ansatz die Gefahr einer „Kollision“ mit anderen Abteilungen, wobei er explizit und ohne weitere Begründung den Begriff „Arbeiterinnen“ für problematisch erklärte¹⁵⁴. Hier schwang wohl noch die negative Erfahrung mit, welche die Abteilung gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit mit Karl Schwab gemacht hatte, als sie sich mit dessen Klientel auseinandersetzen wollte¹⁵⁵. Mit Blick auf die Frauenabteilung bestand diese Gefahr jedoch nicht, im Gegenteil. Auch die Abteilung Frauen hatte einen schweren Stand und musste folglich für jeden Verbündeten dankbar sein¹⁵⁶. Und da sehr viele erwerbstätige Frauen als Angestellte tätig waren¹⁵⁷, wäre das Arbeiterreferat weniger als Konkurrent denn als komplementärer Part in Erscheinung getreten. Allerdings zeigte sich in den Quellen eine Sichtweise der Arbeiterpolitiker, die zunächst an die marxistische Behandlung der Frauenfrage als Nebenwiderspruch erinnerte, dann aber zu einer überraschenden Schlussfolgerung gelangte:

Die vielfältigen Probleme der Arbeiter werden im Bereich der Arbeiterinnen (3.359.000) durch geschlechtsspezifische Probleme noch verstärkt. Die Chancengleichheit im Beruf, die Entlastung von Doppeltätigkeit – Haushalt und Beruf – sowie die am Arbeitsplatz bestehenden Benachteiligungen durch Lohn und physische Voraussetzungen bedürfen eines besonderen Engagements der Gewerkschaften. Ziel einer solchen Arbeit muß die Gleichstellung der Arbeiterinnen vor allem auch mit allen anderen im Berufsleben stehenden Frauen sein.¹⁵⁸

Wenn bestehende Arbeitsplatzprobleme durch den Faktor Geschlecht verschärft wurden, warum sollte dann eine Gleichstellung von Arbeiterinnen mit Beamtinnen und weiblichen Angestellten das Problem lösen? Immerhin erlaubte diese wackelige Argumentation, die Vertretung der Arbeiterinnen de facto an die Abteilung Frauen

153 Vgl. Vorbrücken, Gedächtnisprotokoll, 15. Februar 1977, S. 2. Noch Ende 1976 war ein Arbeitskreis zu Arbeiterinnen geplant gewesen. Vgl. Vermerk über die Besprechung vom 8. November 1976 zur Vorbereitung der Sitzung des DGB-Bundesarbeitsausschusses am 9. Dezember 1976, S. 2f., in: AdSD 5/DGAA000148.

154 Schaefer an Fröbrich, Trautmann, Vorbrücken, 3. Dezember 1975.

155 Andere Abteilungen forderten dagegen die Kooperation der Arbeiterpolitiker ein. Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken, Kurzprotokoll der Besprechung mit den Abteilungsleitern der DGB-Bundesvorstandsverwaltung am 9. Juli 1976, S. 2, in: AdSD 5/DGCS000136.

156 Vgl. Plogstedt, Geschichte, S. 478.

157 1971 waren knapp 41 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen Arbeiterinnen. Vgl. Adrienne Windhoff-Héritier, Zur gesellschaftlichen Situation der Frau in verschiedenen westeuropäischen Ländern, in: GMH 26–11 (1975), S. 666–677, hier S. 667.

158 Sachliche Begründung, [1976], S. 5f.

zu delegieren. Erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre entdeckte die Abteilung Arbeiter-Handwerk – nun unter der Leitung der ebenfalls für Frauenfragen zuständigen Irmgard Blättel – die Arbeiterinnen neu. Trotz allem bleibt festzuhalten, dass schon in der Frühphase der Personengruppe, als diese fast ausschließlich von männlichen Gewerkschaftern besetzt war, auch Arbeiterinnen thematisch eine gewisse Rolle spielen konnten¹⁵⁹.

Auf den ersten Blick relativ einfach scheint hingegen die Distanzierung von den Arbeitern des Öffentlichen Dienstes erklärt zu sein. Bei dem letzten Großangriff auf die Personengruppe Arbeiter 1977 hatten deren Gegner darauf gehofft, mit einer Beschränkung der Zuständigkeit des Arbeiterreferats auf den Öffentlichen Dienst die Zustimmung der Hauptträger der Arbeiterpolitik, also der ÖTV, der DPG und der GdED, zu gewinnen. Hatte das Arbeiterreferat noch im September 1976 die vom Staat beschäftigten Arbeiter in die Liste für die Schwerpunktarbeit des Bundesarbeiterrats aufgenommen, strich sie dieser aus dem Anfang März 1977 verabschiedeten Schwerpunktprogramm¹⁶⁰. Es war eine Frage politischer Klugheit, diese offene Flanke zu schließen, doch hatten sich die Mitglieder des Bundesarbeiterrats schon im Herbst des Vorjahres von diesem Programmpunkt distanziert. Die Diskussion hatte damals schnell Kurs in Richtung einer Verallgemeinerung der Vorlage genommen. Nachdem Vorbrücken die Weiterbildungsfrage im Entwurf noch auf die Industriearbeiter beschränkt hatte¹⁶¹, forderte Kurt Jäger (ÖTV) „die Abänderung der Überschrift in Arbeiter, um auch den öffentlichen Dienst mit einzubeziehen.“ Die gleiche Logik machte dann Paul Plumeyer (IG CPK) geltend, als der Schwerpunkt „Arbeiter im öffentlichen Dienst“ zur Diskussion aufgerufen wurde, um so, ganz im Sinne des damals noch geplanten RKW-Projekts, die unterschiedlichen betrieblichen Pensionsregelungen für Arbeiter und Angestellte einbeziehen zu können¹⁶². Allerdings erschwerte diese Verallgemeinerung die Bearbeitung eines langfristig wichtigen Trends. Denn die Tertiarisierung des ‚Arbeiters‘, die sich im Vorfeld des DGB-Bundeskongresses 1971 abgezeichnet hatte und die

159 Der Kontrast wird deutlich, wenn man die Äußerungen der Arbeiterpolitiker zur Gruppe der „ausländischen Arbeitnehmer“ vergleichend heranzieht, die von zeitgenössischen rassistischen Stereotypen zeugten. Vgl. Vorbrücken, Anlage, 11. Dezember 1975, S. 51 (Zitat), 53f. Vgl. zudem Karin Hunn, „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“. Die Geschichte der türkischen ‚Gastarbeiter‘ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 120–136.

160 Vgl. Abt. Arbeiter-Handwerk, Vorlage für die Bundes-Arbeiter-Ausschußsitzung am 14. September 1976 zum T.O.P. 2, S. 1f., in: AdSD 5/DGCS000122 sowie „Überarbeitetes Schwerpunktprogramm“, S. 2f., 11f., 15, 20.

161 Vgl. Abt. Arbeiter-Handwerk, Vorlage BAA, 14. September 1976, T.O.P. 2, S. 1.

162 Vgl. Protokoll BAA-Sitzung, 14. September 1976, S. 5 (Zitat), 10.

spätestens mit der Ausweitung des Dienstleistungssektors samt der Schaffung eines Niedriglohnsektors nach der Jahrtausendwende gesellschaftliche Relevanz erlangen sollte, wurde in der Praxis der DGB-Personengruppenarbeit nun nicht systematisch weiterverfolgt.

Für dieses nicht realisierte Potential spielte sicher eine Rolle, dass sich die Arbeiterpolitiker damals noch keinen Begriff von der Wissensgesellschaft gemacht hatten. Wie oben erwähnt, hatte zwar Hans Porschlegel schon 1973 in seiner ersten These zur Arbeiterpolitik auf die Entwicklung zur „Dienstleistungs- und Angestelltengesellschaft“ rekurriert, doch war er damit auf Ablehnung bei der ÖTV gestoßen, auch, weil er damit nur die quantitative Verschiebung zwischen den sozialversicherungsrechtlichen Statusgruppen erfasst hatte¹⁶³. Die qualitative Dimension des Wandels arbeitete der Berliner Soziologe René Ahlberg ein Jahr später heraus:

Sobald die Wissenschaft in der industriellen Großproduktion eine unmittelbare Produktivkraft wird und sich als eine neue Quelle des materiellen Reichtums erweist, muß nicht nur das Marxsche Wertgesetz revidiert, sondern auch das Problem der Ausbeutung, der Klassenstruktur, des Klassenkampfes und der Rolle des Menschen in der Produktion völlig neu durchdacht werden.¹⁶⁴

Dass es sich hier, um noch einmal die spätere Begriffsprägung von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael aufzugreifen, um einen „Strukturbruch“ handelte, der einen „Wandel revolutionärer Qualität“ in Gang setzte¹⁶⁵, realisierten die Mitglieder des Bundesarbeiterausschusses jedoch nicht¹⁶⁶. Kritik an ihrem Verharren bei den „herkömmlichen Fragen der Arbeitsbedingungen“ kam intern von unerwarteter Seite. Falk Eckhard Peters vom DGB-Justitiariat wies sie auf „für die Arbeitnehmerschaft gefährliche Entwicklungen“ hin, die im Zusammenhang mit diesem revolutionären Wandel standen: die Einführung von „Prozeßrechner[n] und personeller Informationssystem[e]“. Was Peters in Vorbrückens Problemkatalog vermisste, war der „Punkt ‚EDV und Arbeit‘“¹⁶⁷. Ohne das notwendige theoretische Verständnis der Strukturveränderungen blieb dieser Hinweis auf das qualitativ Neue jedoch zunächst noch ohne Beachtung.

163 Der Bundesarbeiterausschuss der ÖTV hatte hierzu angemerkt: „Zu global umschrieben. Die Tendenzen müssen genauer analysiert werden.“ Holländer, Kurzprotokoll ÖTV-BAA, 30.–31. Mai 1974, S. 1.

164 Ahlberg, Proletariat, S. 85f.

165 Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 13 (Hervorhebung gelöscht).

166 Vgl. Niederschrift BAA, 9. Dezember 1976, S. 3, 4, 6.

167 Vorbrücken, Kurzprotokoll Gespräch Justitiariat, 12. Juli 1976, S. 2.

Und doch hinterließ auch die Diskussion um die „Umstrukturierung in der Beschäftigtenstruktur“¹⁶⁸ Spuren in der Arbeiterpolitik. Noch im Januar 1976 hatte Martin Heiß im Begleitbrief zum geplanten Schwerpunktprogramm von der doppelten Aufgabenstellung der Arbeiterpolitik gesprochen, die neben der „Beseitigung aller künstlichen, politisch-sozial begründeten Unterschiede zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen“ auch die „Vertretung der besonderen, auf die Arbeit[s]- und Produktionsverhältnisse bezogenen Interessen der Arbeiter“ umfasste¹⁶⁹. Im März 1977 formulierte er das Vorwort dann prägnanter:

Die Chancengleichheit im gesamten gesellschaftspolitischen Bereich verlangt die volle Anerkennung der volkswirtschaftlichen Leistung des Arbeiters sowie den Abbau aller sozialen Nachteile. Die Arbeiter verlangen von uns das gewerkschaftliche Engagement in allen Bereichen, die zur Verbesserung ihrer Position beitragen.¹⁷⁰

Inhaltlich war die Dimension der integrierten Arbeitnehmerpolitik in der Forderung nach dem „Abbau aller sozialen Nachteile“ zwar noch enthalten, doch fand sie sich nun in Worte gekleidet, die nach einer autonomen, singularisierenden Arbeiterpolitik klangen. Keine Rede war mehr von „verschiedenen Arbeitnehmergruppen“, stattdessen lag der Fokus nun ganz auf der öffentlichen Anerkennung der von den Arbeitern autonom erbrachten Leistungen, verbunden mit der Verpflichtung der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation auf die Arbeiterinteressen, die sich wiederum auf eine authentische Forderung der „Arbeiter“ stützte. Für die im gleichen Jahr noch stattfindende Bundesarbeiterkonferenz jedoch hatte Heiß, wie oben erwähnt, nur wenige Wochen zuvor intern die gesellschaftspolitische Ausrichtung zugunsten arbeitsplatzbezogener Themen verworfen. Nun verlieh er mit seinem Vorwort dem Schwerpunktprogramm die entgegengesetzte Stoßrichtung. Eine Erklärung hierfür findet sich in den Quellen nicht. Man könnte freilich argumentieren, er wollte auf diese Weise beiden Ansätzen gerecht werden, doch wäre es schon aus arbeitsökonomischen Erwägungen heraus geboten gewesen, das Schwerpunktprogramm und die Konferenz eng aufeinander abzustimmen.

‚Arbeiter‘ als Totalität

Im Frühjahr 1977 zeichnete sich eine neue Perspektive ab, welche zu einer Neugewichtung der Aufgaben führen konnte, ohne die Aufgaben selbst infrage zu stellen. Unbestritten blieb die Notwendigkeit, die Statusunterschiede zwischen

¹⁶⁸ „Überarbeitetes Schwerpunktprogramm“, S. 1.

¹⁶⁹ Martin Heiß an die Mitglieder des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB, 12. Januar 1976, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000136.

¹⁷⁰ „Überarbeitetes Schwerpunktprogramm“, S. 1–2 (Zitat).

‚Arbeitern‘ und ‚Angestellten‘ („integrierte Arbeitnehmerpolitik“) abzubauen, und unbestritten blieb, sich der besonderen Probleme der Arbeiter am Arbeitsplatz („autonome Arbeiterpolitik“) anzunehmen. Für Adolf Jungbluth, Mario Helfert und Hans Pornschlegel sollte die „Arbeiterpolitik“ jedoch nur in der Problemidentifizierung und -bearbeitung autonom sein, nicht in ihrer Zielsetzung. Denn auch die „autonome Arbeiterpolitik“ blieb auf die Schaffung des einheitlichen Arbeitnehmerstatus ausgerichtet. Da es sich laut Pornschlegel nur noch um Ausgleichsmaßnahmen handeln sollte, schien eine diskrete Bearbeitung mit arbeitswissenschaftlichen Mitteln möglich. Komplementär zu diesem Ansatz erwies sich der fraktale Arbeiterbegriff. Nun aber war der Arbeiter als „Totalität“, als das Ganze, zurückgekehrt.

Eine größere Rolle dürfte bei dieser Entwicklung der Problemkatalog Vorbrückens gespielt haben. Indem er alle Probleme, die die Arbeiterinnen und Arbeiter betrafen, unter den Arbeiterbegriff subsumierte, verlieh er dem ‚Arbeiter‘ wieder Substanz, die sich auf gut 200 Seiten deutlich sichtbar materialisierte. Zugleich rückte der ‚Arbeiter‘ aus dem Wirkungsfeld des ‚Arbeitnehmers‘, da Vorbrücken nicht die statusgruppenübergreifende Dimension einiger Probleme in den Vordergrund rückte. Der ‚Arbeiter‘ konnte so als eigenständige Totalität an die Stelle des ‚Arbeitnehmers‘ rücken. Auch wenn, wie erwähnt, die zu Beginn des Problemkatalogs geplante Definition des ‚Arbeiters‘ gescheitert war, schlich sich bezeichnenderweise nun *am Ende* doch noch eine Bestimmung der ‚Arbeiter‘ als „eine besonders unterprivilegierte [sic!] Gruppe der Beschäftigten“ ein¹⁷¹. Es war also gerade die spezifische Problemkonstellation, welche dem ‚Arbeiter‘ Gestalt verlieh. Nun hatte aber Daniel Bell davon gesprochen, man könne die „Totalität“ überhaupt nicht erkennen. Doch hieß das nicht, dass die Totalität ‚Arbeiter‘ nicht existierte. Die Epistemologie kann schließlich keine Aussagen über die Ontologie treffen. So bleibt auch der Versuch, die Totalität so weit als möglich zu erfassen, durchaus legitim. Überdies trifft der epistemologische Einwand nicht nur die Totalität, sondern jedes Ding an sich. Die Annahme, man könne einzelne Probleme an sich erkennen und wertneutral beschreiben, offenbart sich folglich als ein positivistischer Irrtum. Die Totalität ‚Arbeiter‘ wirkt, wie jede beliebige andere Totalität, daher als eine konstruierte Vorannahme, die den Blick auf die Welt steuert, indem sie ein spezifisches Interpretationsschema bereithält, um Dinge so zu deuten, dass sie als empirische Belege für die Richtigkeit der Totalität fungieren können¹⁷².

171 Problemtabelle Arbeiter, S. 182.

172 Bell verfuhr auf gleiche Weise, als er das Konzept der „postindustriellen Gesellschaft“ entwarf, um seine Gegenwart zu deuten.

Die Totalität ‚Arbeiter‘ wirkte wiederum auf die temporale Verfassung der Arbeiterpolitik zurück. Während die Angestelltenpolitik mit dem säkularen Projekt der Bewusstseinsveränderung zumindest auf der Ebene der Legitimation eine singuläre Verlaufsdimension herausstellte, schwächte der holistische Problemansatz der Arbeiterpolitik die Bedeutung von Vergangenheit und Zukunft ab¹⁷³. Hier zeigte sich eine Ähnlichkeit zum (Post)Strukturalismus, die im „methodischen Primat der Synchronie“¹⁷⁴ liegt. Verzeichnet wurden im Problemkatalog alle Probleme, sofern sie in der Gegenwart akut waren. Das bedeutete aber auch, dass den einzelnen Problemen in ihrer Unterschiedlichkeit ein viel größeres Gewicht zukam, als es in der ursprünglichen Diskussion der Arbeiterpolitiker den Anschein hatte. Gerade weil die Probleme mannigfaltig waren und je eigene Ursachen hatten, gerade weil sie unterschiedlich zeitlich strukturiert waren – einige wie die Arbeitslosigkeit waren neu, andere wie die betrieblichen Hierarchien hatten sich laut Vorbrücken seit dem Beginn der Industrialisierung nicht verändert, bei einigen wie der Harmonisierung der Arbeitsbedingungen zeichnete sich eine Lösung schon ab, andere Probleme wie das „Fehlverhalten“ in der Freizeit hoffte man erst „bildungspolitisch für die nächste Generation“ zu lösen –, rückte die Überwindung *aller* bestehenden Defizite der ‚Arbeiter‘ in weite Ferne¹⁷⁵. Der holistische Ansatz ließ eine unübersichtliche Problemlandschaft entstehen.

Indem alle Probleme unter ‚Arbeiter‘ subsumiert waren, unterlief Vorbrücken die Einteilung in eine „autonome Arbeiterpolitik“ und eine „integrierte Arbeitnehmerpolitik“. Arbeitsplatzzentrierte Probleme standen in der Problemtabelle unvermittelt neben gesellschaftspolitischen. Neben diese methodisch bedingten Effekte traten inhaltliche Erkenntnisse. Verschärfend trat etwa hinzu, dass Vorbrücken auch Entwicklungen ausmachte, die der avisierten Problemlösung zuwiderliefen. So vollzog sich etwa ein beschleunigter Rückzug der Arbeiterschaft aus der SPD¹⁷⁶, während die Vision der ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ gerade verstärktes politisches Engagement der Beschäftigten erfordert hätte. Für die Verwirklichung des einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs, so wurde deutlich, bedurfte es nicht nur einer Trendbeschleunigung, sondern in bestimmten Bereichen einer Trendumkehr.

173 Da sich zeitliche Prioritäten nicht mehr aus der Sachlage ergaben, nahm Vorbrücken den Bundesarbeiterratsausschuss in die Pflicht, „eine zeitliche Gliederung in kurz-, mittel- und langfristige Aufgaben vorzunehmen“. Sie musste folglich aus einer externen Quelle bezogen werden. Heiß, Vorbrücken, Niederschrift BAA, 29. Januar 1976, S. 2.

174 Fernando Esposito, *Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom – eine Einführung*, in: ders. (Hrsg.), *Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom*, Göttingen 2017, S. 7–62, hier S. 44.

175 Vgl. Vorbrücken, Anlage, 11. Dezember 1975, S. 31, 72 f. (Zitat) sowie Problemtabelle, S. 117 ff.

176 Vgl. Problemtabelle, S. 161.

Von Friedrich Layhs Optimismus, die Differenzen zwischen Arbeitern und Angestellten rasch abzubauen, war im Jahr 1976 wenig geblieben. Zwar wurde nicht zuletzt auf Drängen des Bundesarbeiterausschusses nach Wegen gesucht, tarifvertraglich Vereinheitlichungen auf den Weg zu bringen¹⁷⁷. Doch die Arbeiterpolitik war nun gerade auch konzeptionell als Daueraufgabe angelegt, und zwar tatsächlich als ‚Arbeiterpolitik‘. Ob sich dieser neue Politikansatz jedoch auch in der Praxis umsetzen ließ, musste sich erst noch erweisen.

7.3 Fazit

Bevor die Personengruppe Arbeiter ihre inhaltliche Arbeit aufnehmen konnte, mussten zuerst die grundlegenden Parameter der gemeinsamen Tätigkeit geklärt werden. Für jede neue Institution stellt dies eine Herausforderung dar, doch die Arbeiterpolitik musste sich unter erschwerten Bedingungen konstituieren. Bekanntlich hatte die DGB-Spitze den Arbeiterpolitikern nicht einmal Rahmenrichtlinien zur Verfügung gestellt, die Orientierung hätten bieten können. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, wie gut die Interessenunterschiede moderiert wurden. Erleichtert wurde dies sicher durch die Entscheidung von Martin Heiß, zunächst externe Experten zu Rate zu ziehen, die nicht in die internen Machtkämpfe verstrickt waren. Überdies lieferten sie brauchbare Ansätze, welche die Konflikte bearbeitbar machten. Im Januar 1973 legte der Berliner Bildungswissenschaftler Hans Pornschlegel ein Thesenpapier vor, das den ‚Arbeiter‘ über dessen von außen auferlegte Bildungsabstinenz zu definieren suchte. Dadurch rückten gesellschaftspolitische Fragen in den Fokus, aber vor allem auch das Problem betrieblicher Hierarchien wie auch des schwierigen beruflichen Aufstiegs als Mittel des Ausstiegs aus dem Arbeiterdasein. Was der Ansatz nicht zu fassen vermochte, waren die arbeitsplatzbedingten Gesundheitsrisiken. Die Gewerkschaften, die wie die IG Metall oder die NGG der Arbeiterpolitik gegenüber skeptisch eingestellt waren, konnte Pornschlegels Ansatz nicht überzeugen. Sie favorisierten einen Ansatz, den der langjährige Arbeitsdirektor der Salzgitter AG, Adolf Jungbluth, Mitte 1974 Martin Heiß präsentierte. Jungbluth setzte ganz auf die Arbeitswissenschaft und damit auf den Arbeitnehmerbegriff, womit er wiederum zu sehr auf Linie der DGB-Spitze lag, um bei den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes zu reüssieren. Doch eröffnete seine konsequente Infragestellung der bestehenden Statusgruppen interessante Optionen für die Arbeiterpolitik. Als ähnlich ambivalent erwies sich die Debatte, ob Arbeiterpolitik arbeitsplatzbezogen oder gesellschafts-

177 Vgl. Niederschrift BAA, 9. Dezember 1976, S. 11.

politisch ausgerichtet sein sollte. Diese analytische Unterscheidung eröffnete zwar die Möglichkeit, operationalisierbare Politikoptionen zu formulieren, doch drohte sie die Lagerbildung zwischen Gegnern und Befürwortern der Arbeiterpolitik in die Tagespolitik hineinzutragen. Ein Kompromiss zeichnete sich dank eines von Mario Helfert (WSI) eingeführten Begriffspaares ab. Durch die Unterscheidung von „autonomer Arbeiterpolitik“ und „integrierter Arbeitnehmerpolitik“ ließen sich beide Bereiche unterschiedlichen temporalen Ebenen zuordnen. Der Entscheidungszwang war dadurch suspendiert, alle Optionen konnten auf dem Tisch bleiben. Der ganze Diskussionsprozess, auch das sei an dieser Stelle noch einmal erwähnt, fand völlig unter Ausschluss echter Arbeiterinnen und Arbeiter statt. Zwar lag dies auch im Fehlen von Kreisarbeiterausschüssen begründet, doch suchten die für die Arbeiterpolitik verantwortlichen Gewerkschaftsangestellten auch zu keinem Zeitpunkt Kontakt zur Basis oder zu den Betrieben – anders als etwa die Regisseure der Arbeiterfilme.

In den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit veränderte sich der Blick der Arbeiterpolitiker auf ihre Klientel grundlegend. In Übereinstimmung mit dem arbeitswissenschaftlichen Ansatz wichen sie auf einen fraktalen Arbeiterbegriff aus und nahmen nur bestimmte Problemgruppen in den Blick. Damit lief die neue Personengruppe jedoch Gefahr, mit anderen Vorstandsabteilungen in Konflikt zu geraten, schließlich existierten für Gruppen wie Jugendliche, Frauen oder Ausländer bereits eigene Einrichtungen des DGB. Zukunftsweisend war hingegen die Zusammenstellung der Problemtabelle Arbeiter. Sie fasste den ‚Arbeiter‘, ganz in poststrukturalistischer Manier, als ein umfassendes Problemsyndrom, das sich nicht auf eine einzelne Grundursache reduzieren ließ. Auf diesem Fundament war die Arbeiterpolitik als ‚Arbeiterpolitik‘ auf Dauer gestellt, denn selbst die sozialversicherungsrechtliche Aufhebung der Kategorien ‚Arbeiter‘ und ‚Angestellte‘ konnte nicht alle Arbeiterprobleme in allen Bereichen lösen. Realistischer war die Annahme, dass sich die bestehenden Probleme fortschreiben und neue hinzutreten würden. Am Ende war die Personengruppe Arbeiter doch noch zu einer Art Definition des ‚Arbeiters‘ gelangt, und auf dieser Grundlage war eine Singularisierung der ‚Arbeiter‘ möglich.

Trotz dieser konzeptionellen Fortschritte hatten die ersten fünf Jahre ein Defizit sichtbar gemacht: Die Arbeiterpolitik blieb weitgehend wirkungslos. Konkrete Projekte wie die Qualifizierung arbeitsloser Arbeiter im Medienverbund oder eine RKW-Studie zu unterschiedlichen betrieblichen Sozialleistungen für Arbeiter und Angestellte ließen sich nicht realisieren. So lagen große Hoffnungen auf der Bundesarbeitskonferenz.